

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Bezugspreis:
Stettin 1,50 M., monatlich 1,50 M.,
frei ins Haus, vorausschickbar. Einzelne
Nummern 10 Pf. Postbezug: Frank-
reich 1,50 M., Unter Rheinland 1,50 M.,
Deutschland und Ostpreußen 1,50 M.,
Süd- u. Ostpreußen 1,50 M., für das übrige Ausland
4,00 M., monatlich 4,00 M. Bei direkter Bestellung monatlich 1,50 M.
Postbestellungen nehmen an: Adre-
mar, Berlin, Lützowstr., 10. und
die Schweiz, Singerstr. in die
Postzeitungs-Vertriebsstelle.
Verkaufsstellen überall.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Anzeigenpreis:
Die Anzeigenpreise sind in der
1. Spalte des 1. Blattes angegeben.
2. Spalte des 1. Blattes: 10 Pf.
3. Spalte des 1. Blattes: 10 Pf.
4. Spalte des 1. Blattes: 10 Pf.
5. Spalte des 1. Blattes: 10 Pf.
6. Spalte des 1. Blattes: 10 Pf.
7. Spalte des 1. Blattes: 10 Pf.
8. Spalte des 1. Blattes: 10 Pf.
9. Spalte des 1. Blattes: 10 Pf.
10. Spalte des 1. Blattes: 10 Pf.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Dienstag, den 7. Mai 1918.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Keine Friedensvorschläge an England.

Berlin, 6. Mai. Amtlich. Die von der Telegraphen-Union am 5. d. M. aus Amsterdam verbreitete Meldung englischer Blätter, wonach ein Holländer im Auftrag des Staatssekretärs v. Kühlmann einer hochgestellten Persönlichkeit der englischen Regierung bestimmte Friedensvorschläge gemacht habe, beruht auf völlig freier Erfindung. Die an die Meldung geknüpften Schlussfolgerungen der englischen Presse erledigen sich dadurch von selbst.

Die Regelung der Alandsfrage.

Kopenhagen, 5. Mai. „Nationaltidende“ meldet aus Stockholm: Die Verhandlungen zwischen den schwedischen, finnischen und russischen Behörden haben zu dem Ergebnis geführt, daß die russischen Befestigungen auf den Alandsinseln, die im Widerspruch mit dem Alandsabkommen von 1859 angelegt worden sind, wieder beseitigt werden.

Mit diesen Verhandlungen steht vermutlich auch die Meldung im Zusammenhang, daß die schwedischen Truppen von Aland zurückgezogen werden.

Deutschland und Holland.

Die behobene Spannung.

Der Zweiten und der Ersten niederländischen Kammer ist am Sonnabend in später Abendstunde die schriftliche Mitteilung des Ministers des Auswärtigen zugegangen, daß die Spannung, die in dem Verhältnis zwischen Holland und Deutschland eine Zeitlang bestanden hatte, behoben ist. Sie sagt: „Die deutsche Regierung verlangte von der holländischen Regierung einige Maßregeln, die in ihrer ursprünglichen Form nur teilweise für die Bewilligung in Betracht kamen.“

Ueber die Spannungspunkte wird abdamn Näheres mitgeteilt, was auch in deutschen Mitteilungen letzter Tage schon angedeutet war. Sie bestehen vor allem in Fragen der Durchfuhr von Sand, Kies und Steinschlag, der Ausfuhr von Kies aus Holland nach Belgien, der Wiederaufnahme des seit Beginn des Krieges von der deutschen Regierung eingestellten Güterverkehrs auf der Eisenbahn zwischen Belgien und Deutschland über Roermond. Für den Ausgleich der Spannung war der Neutralitätspunkt maßgebend.

Zum Schluß sagt die ministerielle Mitteilung: Beim Beginn der nächsten Woche werden die militärischen Urlaube wieder erteilt und den Truppen wird auch die sonst übliche Bewegungsfreiheit wieder zugestanden werden.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Das Verhalten einiger niederländischer Zollämter an unserer Grenze gab seit längerer Zeit in verschiedener Richtung zu Klagen Anlaß. Neuerdings waren Zollbeamte dazu übergegangen, deutschen Reisenden, die aus Holland nach Deutschland zurückkehren, Kleidungsstücke unter der Begründung zurückzubehalten und wegzunehmen, daß diese Sachen in Holland eingekauft seien und entgegen den Ausfuhrverboten über die Grenze gebracht werden sollten. Eingaben der Betroffenen, in welchen diese darlegten, daß sie die Sachen schon vor der Reise in Deutschland besessen hätten, blieben wirkungslos.

Diesem Verhalten ist nun durch die niederländische Regierung zur Sprache gebracht worden und haben — wie wir hören — dazu geführt, daß die Zurückgabe der weggenommenen Gegenstände zugesagt worden ist.

Die amerikanische Hilfe.

Bern, 6. Mai. Der New Yorker Korrespondent des „Secolo“ laßt, man solle sich in Italien gedulden, wenn Amerika bis dahin noch keine Truppen an die Westfront geschickt habe. Die amerikanische Hilfe erfolge jeweils dort, wo sie am notwendigsten sei. Das gelte auch für den Fall einer großen Offensive gegen Italien. Doch rechne man in Amerika bestimmt darauf, daß das italienische Meer den ersten Aufbruch allein aufhalten können werde.

Die Front im Westen.

Neue Kohlenschächte im Feuer.

Westfront. Ende April. Von dem nordfranzösischen Kohlenbecken, das im Frieden allein zwei Drittel der Gesamtproduktion Frankreichs lieferte, befindet sich seit Oktober 1914 der größere Teil mit den wichtigsten Minen von Luzin (die allein 16 500 Arbeiter beschäftigten), Aniche, Denain, Lens, Vicoigne und Courrières (bekannt durch die Grubenkatastrophe von 1906, bei der 1200 Bergleute umkamen) in deutschen Händen. Die blutigen Kämpfe des Jahres 1917, die nördlich Arras zum Teil zwischen zerfahrenen Feinden und roten Arbeiterkolonnen sich abspielten, haben den Franzosen nur einen schmalen Streifen dieser kostbaren Erde zurückgebracht. Mit desto größerer Energie haben sie sich auf die Ausbeutung desjenigen Distrikts geworfen, der ihnen von Anfang an verblieben war. Von Lens und Douai ziehen sich die Stöße unter den Schützengräben hinüber und

Der Kessel unter stärkerem Feuer — Feindlicher Angriff bei Loker.

Berlin, 6. Mai 1918, abends. Amtlich.
Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.
Amtlich. Großes Hauptquartier, 6. Mai 1918. (W. L. S.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht und Deutscher Kronprinz.

Im flandrischen Kampfgebiet führten wir erfolgreiche Unternehmungen durch. Ein feindlicher Teilangriff südlich von Loker scheiterte. Am frühen Morgen vorübergehend heftiger Artilleriekampf zwischen Sporn und Baillet. Tagesüber lag nur der Kessel unter stärkerem Feuer.

Auf dem Nordufer der Lys, am La Bassée-Kanal und in einzelnen Abschnitten des Schlachtfeldes beiderseits der Somme lebte die Feuerstätigkeit am Abend an. Erkundungsgesuche und Vorstöße in die feindlichen Linien bei Sangard und südwestlich von Brimont brachten Gefangene ein.

Heeresgruppe Herzog Albrecht.

In Vorfeldkämpfen mit Amerikanern südwestlich von Brimont und mit Franzosen am Hartmannsweilerkopf machten wir Gefangene.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister, Lubendorf.

Der österreichische Bericht.

Wien, 6. Mai 1918. Amtlich wird verkündet:

Südwestlicher Kriegsschauplatz.

Kege Artillerietätigkeit.

Der Chef des Generalstabes.

Becken von Bethune. Wenn man auf eine der zahlreichen Schutthalde hinter der deutschen Front steigt, sieht man zwischen Lens und Bethune einen Wald von Spornsteinen, Hürdenarmen und „Hoffen“, wie die Franzosen sie nennen. Bis dicht hinter ihre Front hielten sie diese Gruben und Hüten, Stahlwerke und Maschinenfabriken in Betrieb. 6 Millionen Tonnen sollen nach französischen Meldungen diese Gruben des Pas de Calais gefördert haben, viel mehr als vor dem Kriege. So drückten wir die Kohlennot, daß die vorgehenden Essen im Feuer arbeiteten, die Familien der Bergleute in Betonunterständen wohnten — mit Gasmasken versehen waren — wie Soldaten.

Nun liegt seit einigen Wochen auch das Indusriefeld von Bethune unter schwerem deutschen Beschussfeuer. Das tiefe Loch von Escaire ist flankiert seit dem 9. April auf nahe Entfernung die Industriebahn Bethune-Biller-Vire, den Nerv des ganzen hochwertigen Reviers. Damit ist der französische Kriegsführung ein schwerer Schlag verleiht — zugleich namenloses Leid über Tausende von Arbeiterfamilien neu hereingebrochen. Der Deputy-Chef sagt in der „Humanité“: Das Loos ist gefallen — unser Kohlenbecken im Pas de Calais ist ernstlich bedroht. Der Feind ist bestrebt, seine Lebensadern, die Bahnen, die zum Abtransport der Kohlen dienen, unter seinem Feuer zu halten und führt diesen Verkehr dadurch erheblich. Auch sind bedeutende Orte, wo die Arbeiter mit ihren Familien wohnen, bedroht und müssen geräumt werden.

Es handelt sich nicht nur um die Kohlengruben von Lillers und Armequin. Fliegerphotographien zeigen, daß das Gebiet zwischen Saint-Omer und Bethune mit zahlreichen rauchenden Kriegsbetrieben bedeckt ist, die auf keiner Friedenskarte verzeichnet waren. Besonders die Anlagen der Gesellschaft „Les Usines de France“ bei Jobergues südlich Vire sind am stärksten vergrößert worden. Wir konnten seit langem jede Einzelheit in diesem Gelände — auch die zahlreichen Munitionsdokumente, Artilleriewerkstätten, Flugplätze. Jetzt hämmern schwere Flachfeuerbatterien auf den Fabriken von Bethune — auf den wichtigsten Geleisen, auf den langgestreckten Galen der Stahlwerke.

Dr. Ad. Köfer, Kriegsberichterstatter.

Französischer Heeresbericht vom 5. Mai nachmittags. Weidenseitige Artillerietätigkeit nördlich und südlich von der Aisne, sowie im Abschnitt von Douaumont—Fleury; kein Infanteriegefecht. In Vorhängen brachen ein Handreich der Franzosen in der Gegend von Vetricour und ein Patrouillen Zusammenstoß in der Gegend von Auderville's Gefangene ein. Die Nacht war an der übrigen Front ruhig. — Abends. Zeitweilig aussehende beiderseitige Artillerietätigkeit nördlich und südlich der Aisne ohne Infanterietätigkeit während des Tages. Der Tag war an der übrigen Front ruhig.

Englischer Heeresbericht vom 5. Mai vormittags. Wir bewirkten durch erfolgreiche kleinere Unternehmungen bei Sailly-le-Sec und östlich von Hébauterne in der letzten Nacht Verbesserungen unserer Linie an diesen Punkten und machten mehrere Gefangene. Heute am frühen Morgen griff der Feind die von uns in der Nacht zum 3. Mai nördöstlich von Hinges genommenen neuen Stellungen an, wurde aber zurückgeschlagen; unsere Linie ist unversehrt. Im Abschnitt des Waldes von Rieppe haben wir einen erfolgreichen Vorstoß gemacht. Die Artillerie beider Parteien ist an der Lys-Schlachtfront tätig gewesen. — Abends: Französische Truppen machten im Laufe der Nacht in einem östlichen Abschnitt in der Gegend von Locre eine Anzahl Gefangene. Heute ist außer beiderseitiger Artillerietätigkeit und örtlichen Gefechten an verschiedenen Punkten nichts Besonderes zu melden.

Bruch?

Wahlrechtskrise ist Regierungskrise. Gelingt es dem Grafen Hertling nicht, bis zur dritten Lesung eine Mehrheit für das gleiche Wahlrecht aufzubringen, so bleibt ihm nur zweierlei übrig: Kampf oder Rücktritt. Man behauptet nun allgemein, daß der erste Weg durch eine höhere Gewalt gesperrt ist, und so scheint nur der zweite offen: Rücktritt! Das ist's, was ein großer Teil der Rechte will. Die Herren fühlen sich wieder vollständig oben auf, da sie einen sehr starken Rückhalt zu besitzen glauben. Auf alle Vorhaltungen, die Regierung werde schließlich dennoch auflösen, haben sie nur eine Antwort: „Sie wird es nicht wagen, sie darf es nicht wagen!“ Auf dieser Voraussetzung baut sich ihre ganze Taktik auf.

Befürchtet worden ist die Rechte in ihrer Auffassung durch das Verhalten der Regierung selbst. Sie erblickte in ihm — wenn ihr ihre Informationen noch nicht genügen — einen Beweis dafür, daß sie ganz richtig unterrichtet ist. Die Regierung darf nicht auflösen! Würde sie es, sie hätte es doch schon in der zweiten Lesung getan und nicht das schwankende Seil des Sicherungskompromisses betreten. Die Regierung muß wissen, daß ein derartiges politisches Kunststück, das die Rechtlosigkeit der Wähler durch die Rechtlosigkeit der Gewählten ersetzt, als eine lokale Erfüllung des königlichen Versprechens nicht betrachtet werden kann. Sie muß wissen, daß diese Lösung keine ist, sondern nur den Reim neuer Konzepte bildet, die den preussischen Staatsbau aufs schwerste erschüttern werden. Einen solchen Verzweiflungsweg geht keiner, der sich stark fühlt. Die Regierung, die den starken Mann gespielt hat, sieht sich jetzt zum Gelächter ihrer Gegner als Schwächling entlarvt.

Sie hat mit der Auflösung gedroht, aber die Waffe, die sie drohend erhob, war nicht geladen. Es wird der nächste Triumphtag der Junker sein, wenn das gleiche Wahlrecht auch in dritter Lesung abgelehnt wird und die Regierung, statt das Dreiklassenhaus nach Hause zu schicken, ihre eigenen Sachen packen muß. Jetzt versucht sie, um den Preis jedes Döfers, den Schein des gleichen Wahlrechts zu retten, um sich selber zu retten. Sie bettelt um die Liebe der Zentrumsmagnaten und Schwerliberalen, um die Gunst von 10 Herren, die durch den blöden Zufall des Dreiklassenwahlrechts preussische Gesetzgeber geworden und die als gerissene politische Händler die Not der Gegenseite bis aufs äußerste anzunutzen entschlossen sind. In dieser Lage befindet sich jetzt die Regierung eines Volkes, das auf allen Schlachtfeldern Europas Sieger geblieben ist!

Dieses Schicksal wäre ihr erspart geblieben, wenn sie es verstanden hätte, sich auf das Volk zu stützen. Als erste im Deutschen Reich trat sie, von einer sicheren Parlamentsmehrheit getragen, ins Amt. Hat sie es verstanden, diese Mehrheit fester zu fügen, das Vertrauen zu ihrem Kurs in den breiten Massen zu verankern? Heute streitet man schon in den Zeitungen darüber, ob die parlamentarischen Voraussetzungen, denen sie ihr Entstehen verdankt, überhaupt noch vorhanden sind!

Es war die gegebene Aufgabe der Regierung, im Sinne der Mehrheitsbeschlüsse vom 19. Juli führend zu sein. Sie war es aber nicht, sondern sie hat die Führung anderen überlassen müssen. Nicht das ist die Frage, ob die Mehrheit vom 19. Juli noch besteht, sondern ob sie, ihr Bestehen vorausgesetzt, durch die gegenwärtige Regierung ihren Willen durchsetzen konnte. Ist das nicht der Fall, so liegt der Grund dafür weniger in der schwankenden Ueberzeugungstreue der Mehrheit als in den faktisch gegebenen Machtverhältnissen in Preußen-Deutschland.

Um eine Machfrage handelt es sich aber auch beim preussischen Wahlrecht. Solange die Rechte an die Macht der Regierung glaubte, verhielt sie sich resigniert, sie ist aber in dem Maße wieder dreister geworden, als sie zu bemerken meinte, daß ausschlaggebende Faktoren nicht hinter der Regierung, sondern hinter ihr standen. Ihr Uebermut kennt keine Grenzen mehr, seit sie zu wissen glaubt, daß das Abgeordnetenhaus auch in der dritten Lesung, ohne der sofortigen Auflösung zu verfallen, das gleiche Wahlrecht ablehnen dürfe. Sie wird an diesem Tage den abziehenden Ministern höhnisch zurufen: Wir bleiben, und ihr geht!

Was wird aber, wenn die Regierung Hertling geht? Zunächst wird daraus eine taktisch so günstige Lage für die Sozialdemokratie, wie sie besser gar nicht gedacht werden kann. Die Sozialdemokratie hat in vier schweren Jahren bewiesen, daß es ihr nicht auf das Reinsagen unter allen Umständen ankommt, daß sie nicht bloß ihren agitatorischen Bedürfnissen nachgeht, ohne daran zu denken, was aus dem Lande wird. Zwingt man sie jetzt, zur schärfsten Opposition überzugehen, so trifft die Verantwortung dafür nicht sie, sondern jene, die diese Situation hervorgerufen haben. Erst an diesem Tage aber wird man sehen, wie stark die oppositionelle Strömung im Lande ist und daß es nicht nur die alten Anhänger der Sozialdemokratie aus dem Jahre 1914 sind, die ihr zugehören. Breite Schichten, die ihr vordem fernstanden, werden mitgerissen werden.

Dagegen wendet man von der anderen Seite ein: Diese Opposition haben wir nicht zu fürchten, denn die äußeren und inneren Notwendigkeiten, die auf sie einwirken, sind so stark,

hoff sie durch sie vollständig unschädlich wird. — Das ist die Empfehlung der Nachpolitik im Innern als Gegenmaß zur Nachpolitik nach außen — und es ist zuzugeben, daß ihre Rechnung für den Augenblick richtig sein kann. Darüber hinaus ist aber zu bedenken, daß die Stimmung eines Volkes während seines Existenzkampfes durchaus nichts Gleichgültiges ist, und daß es ferner nicht gleichgültig ist, in welchem seelischen Zustand ein Volk aus dem Krieg in den Friedenszustand, der ja noch einmal kommen muß, übergeht. Es wäre Zeit, auch an die politische Hebergangswirtschaft ernstlich zu denken, wenn man eine Kata der großen Völker vermeiden will.

Einer ist, daß die Ablehnung des gleichen Wahlrechts auch in dritter Lesung ohne daraufgehende Auflösung des Reichs in einen Zustand schwerer innerpolitischer Verwirrung hineinführen müßte. Die Ablehnung läßt sich aber auch heute schon, wenn überhaupt, nur noch durch ein unwürdiges Kompromiß vermeiden, das die Erfüllung des feierlich gegebenen Versprechens entwertet. Und so sind wir in der Krise vielleicht schon weiter drin, als es auf den ersten Blick scheinen mag.

Die Verantwortung trifft dafür in erster Linie diejenigen, die lieber alles drüber und drunter gehen lassen, als daß sie auf ihre Massenprivilegien verzichten; in zweiter Linie die Regierung, die eine besondere Günst der Umstände nicht auszunutzen verstanden hat. Noch kann sie den schmachvollen Sanktionen weichen lassen und sich das Recht zur bescheidenen Tat erziehen. Selbst wenn sie nicht auflösen will oder darf, kann sie die Lage retten, indem sie sich entschlossen den immer noch offenen Weg der Reichsreformgebung beschreitet. Aber das Vertrauen hat sich schon zu tief eingekreuzt, als daß noch etwas anderes helfen könnte, als die schnelle, alle Zweifel beseitigende Tat!

Ein russischer Protest in Berlin.

Eine Moskauer Havas-Meldung vom 30. April sagt: Die russische Regierung protestiert in einer Note an das Auswärtige Amt in Berlin dagegen, daß die Deutschen trotz des Friedenszustandes ihren Marsch fortsetzen und Orel, Kursk und Woroneß besetzen, in den Taurus eindringen und in Nordfinland Eigentum des russischen Kriegsministeriums beschlagnahmen. Bei diesem Stande der Dinge glaubt sich die russische Regierung genötigt zu sehen, genügend Streitkräfte zu mobilisieren, um die Freiheit und Unabhängigkeit der russischen Republik sicherzustellen, die immer bereit ist, die Bestimmungen des Breiter Vertrages zu beobachten. Wenn Deutschland glaubt, daß es ihm unmöglich ist, diese Bedingungen zu erfüllen, soll es seine Forderungen klar aufstellen. Die russische Regierung drückt die Hoffnung aus, die Antwort werde befriedigend lauten und die Wiederherstellung des Friedens gestatten.

Japans sibirisches Unternehmen.

Verhaftung von Japanern.

Tokio, 5. Mai. (Reuter.) Die russischen Behörden in Ootsch haben den japanischen Vizekonsul sowie den Vorstand eines japanischen Vereins unter der Beschuldigung, militärische Spione zu sein, verhaftet.

Genf, 6. Mai. Nach Sonder-Mitteilungen aus Washington erklärte Wolff: Die sibirische Intervention ist noch nicht beendet, doch ist der Abschluß eines Hebereinkommens wahrscheinlich.

Die Iren gegen die Dienstpflicht.

London, 6. Mai. (Reuter.) In einer Protestversammlung in East Mayo gegen die Einführung der Dienstpflicht, der 15 000 Menschen beizuhören, sprach der Führer der irischen Nationalisten Dillon und der Führer der Sinnfeinpartei De Valera von derselben Plattform. Dillon ermahnte die Iren, sie sollten nur noch zwei Monate einig sein, dann würden sie über die Dienstpflicht, die nach seiner Ueberzeugung zum Sturz der Regierung führen würde, den Sieg davontragen. Wenn sie ihren inneren Ruß nicht haben lassen, würden sie nur dem Willen in die Hände arbeiten. Dillon betonte, daß die katholische Kirche sich an die Spitze der Bewegung stellen müßte. De Valera erklärte, daß seine Anhänger zwar die Nationalisten in ihrer Opposition gegen die Dienstpflicht unterstützen, aber deswegen doch den Kampf gegen den nationalen Kandidaten in den Stichwahlen in East Mayo nicht aufgeben würden. Die Sinnfeinpartei erkläre nur die Stimme der Wähler an.

In Limerick und Waterford fanden am Sonntag Arbeiterdemonstrationen gegen die Dienstpflicht statt, denen Tausende von Menschen beizuhören.

Edmund Walsh Krensch ist zum Lord-Lieutenant von Irland an Stelle des zurückgetretenen Lord Wimborne ernannt worden. Das Unterhausmitglied Edward Short wird Chefsekretär für Irland an Stelle Kules.

Neue englische Niederlage am Jordan.

Konstantinopel, 6. Mai. Tagesbericht. Kalafinayrom: Auch der zweite Vorstoß der Engländer auf das bilitische Jochdamm hat mit einer schweren Niederlage des Heindes geendet. Anfangsgehende Vorbereitungen waren getroffen, zahlreiche Truppen zusammengezogen, um gemeinsam mit den Rebellen Pesh zu nehmen vom Ostjordanland und den dortigen wichtigen Verbindungen. Unter dem Schutze dieser in überhöhter Stellung befindlicher Artillerie warf der Gegner vom 30. April morgens an seine Angriffswellen über den Jordan gegen unsere Stellungen. Infolge von der Stärke der Feinde — Es Salt, während große Kavallerie mit Geschützen und Maschinengewehren im Jochdamm nach Norden ausbreitend dazu bestimmt waren, uns in den Rücken zu fallen. Dank der raschen Entschlossenheit unserer Führer und der unerschütterlichen Haltung unserer Truppen in schwerer Lage wurden an Schüttern mit ihren deutschen Kameraden, wurden die Pläne des Gegners zunichte.

Die fünfzigsten wütenden Kämpfe gegen unsere Front wechelten die mit großer Energie geführten, überaus starken Truppen des Obersten Ali Kemal. Der vorrückenden feindlichen Kavallerie berechneten die noch Gewaltmächtigen rasch zusammengezogenen Truppen des Obersten Böhm und der bewährte bis zu seiner Verwundung seinen wütenden Ketteln voranschickende Oberst Ghod Bey eine vernichtende Niederlage. Die Truppen des Obersten Böhm nahmen einer feindlichen Kavalleriedivision sämtliche Geschütze ab. Inermüdet griffen unsere Flieger trotz bestiger feindlicher Gegenwirkung den Feind an. Dank der Tatkraft des Nachrichten- und Eisenbahndienstes konnten rechtzeitig die Befehle der höheren Führung zum Herontransport von Verstärkungen ausgeführt werden. Unter Einwirkung vieler Menschen und zahlreichen Wasserläufe flutet der Engländer zum Jordan zurück.

Sart bedrängt von umheren Hegebewachten Truppen. Im angenehmen konnte die Bunde noch nicht festgestellt werden. Auf dem Westjordanufer lebhafteste Artilleriebeschüsse und erfolgreiche Panzerunternehmungen unterverleitet. Ein feindliches Flugzeug wurde nach Luftkampf brennend zum Absturz gebracht. Auf den übrigen Fronten ist die Lage ungewandelt.

Die Schweiz und die fremden Deserteure.

Bern, 6. Mai. (Meldung der Schweizerischen Deserteure-Agentur.) In Ergänzung und schweizer Abänderung früherer Beschlüsse und Vorschriften beschloß der Bundesrat, daß fremde Deserteure und Refraktäre, die die Schweizer Grenze überschreiten wollen, daran zu verhindern und zurückzuweisen sind. Gelingt es ihnen dennoch, die Grenze zu überschreiten, und werden sie im Landesinnern getroffen, so sind sie dahin zurückzuführen, woher sie gekommen sind. Ausnahmsweise kann fremden Deserteuren und Refraktären der Eintritt in das Land gestattet werden, wenn besondere Umstände dies rechtfertigen, so namentlich, wenn der Betroffene schon vor Ausbruch des Krieges in der Schweiz ansässig war, oder wenn er in der Schweiz eine Familie oder ein Geschäft hat.

Zum Vollzug der Landesverweisung sind die fremden Deserteure und Refraktäre, wenn möglich, nach demjenigen Land zu verbannen, das sie selbst bezeichnen. Ist es nicht möglich, sie nach demjenigen Land zu verbannen, das sie selbst bezeichnen, so erfolgt die Abschiebung nach dem Heimatstaat. Eine Uebergabe an die Behörden des Staates, nach welchem die Abschiebung erfolgt, soll nicht stattfinden. Erweist sich die Vollziehung der Ausweisung als undurchführbar, so ist der betreffende Flüchtling in einer geeigneten Anstalt unterzubringen.

Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 5. Mai. Neue U-Bootfolge auf dem nördlichen Kriegsschauplatz: 12 000 Br.-Reg. Lo.

Unter den vorletzten Schiffen ein Tankdampfer, der an der Ostküste Englands torpediert wurde.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Das Schadenfeuer in Friedrichshafen.

Berlin, 6. Mai. In der Werk von Friedrichshafen gab es am 16. April ein Schadenfeuer, über das die französischen Zeitungen die unangenehmsten Berichte verbreiten. „L'Information“ vom 17. April behauptet, der Brand sei ein Werk der englisch-amerikanischen Luftflotte in Besetzung, und mehrere Luftschiffe und der größte Teil der zum Schutz gegen die amerikanische Bedrohung dort versammelten Flugzeuggeschwader seien dabei vernichtet worden. Damit nicht genug! „Den ganzen Tag“ heißt es weiter, „bis in die Nacht hinein fanden Explosionen statt. Der ganze Ostteil der Stadt wurde schwer mitgenommen. Die Zahl der Opfer soll sich auf 140 Tote und 200 Verwundete belaufen. Der Gesamtschaden soll ungeheuer sein.“ Ähnlich lautet der Bericht des „Journal“ vom selben Tage; nur die Zahl der Toten und Verwundeten ist noch etwas gemindert und das Blatt ruft trübselig aus, das Hauptzentrum des deutschen Flugwesens sei völlig zerstört und mit ihm die Hoffnung der Deutschen, den Kampf mit der amerikanischen Luftflotte aufnehmen zu können.

Die französischen Zeitungen werden wirklich gut informiert. Sie wissen mehr als die Einwohner von Friedrichshafen. Es haben in Wirklichkeit keine Explosionen stattgefunden. Die Stadt Friedrichshafen hat keinen Schaden erlitten. Menschen sind weder verletzt noch getötet worden. Der Brand ist auch nicht das Werk feindlicher Flieger. Er entstand im Holztrochsenraum des Werkes durch Selbstentzündung von Holzstaub im Trocknen. Da im Trocknenraum und dem anschließenden kleineren Holzlager das Feuer gute Nahrung fand, und da unglücklichweise ein ziemlich lebhafter Nordwind herrschte, so konnte das Feuer auf die benachbarte alte Zeppelinhalle übergreifen. In der sich glücklicherweise kein Luftschiff befand. Von den gesamten eigentlichen Fabrikräumen konnte das Feuer ferngehalten werden. So ist das Gesamtvermögen des Brandes auf den Verlust der Holzvorräte und der alten hölzernen Zeppelinhalle beschränkt geblieben.

Deutscher Flieger von der Schweiz freigegeben. Bern, 4. Mai. Das Kreuzbureau des Armeeministeriums teilt mit: Nachdem es sich ergeben hat, daß sich der am 1. Mai in Basel gelandete deutsche Flieger auf einem Prüfungsfluge mit unbewaffnetem Apparat und ohne kriegerische Absichten verhielt, ist seine Freilassung und die Rückgabe des Flugzeuges an die deutschen Behörden verfügt worden.

Der Handelsreisende auf Ancona. Zum Handelsreisenden auf Ancona erklärt das „Neue Wiener Tagblatt“ von zuständiger Seite, dieser sei von einer kleinen Abteilung Freiwilliger ausgeführt worden, die zweifellos ihre lobende Aufgabe durchgeführt und beträchtlichen Schaden angerichtet haben.

Delegationen nach Batum. Eine türkische Delegation ist nach Batum abgerückt. Auch der deutsche Militärbevollmächtigte, General v. Loffow, hat sich nach Batum begeben.

Generalmajor Andrew wurde zum Generalkassier der amerikanischen Streitkräfte in Frankreich ernannt.

Abgeordnetenhaus.

Eigenartige Wahlrechtskämpfer.

Die Vertretung der unabhängigen Sozialdemokratie im preussischen Abgeordnetenhaus führt den Kampf um ein freies Wahlrecht in einer Weise, die die offene Freude aller Wahlrechtsfeinde hervorruft. Schon im Verlauf der ganzen Wahlrechtsdebatte zeigte der Redner der Unabhängigen, Ströbel, daß er das Gebot der Stunde nicht erfährt hat und nicht einsehen kann, daß, wenn das gleiche Wahlrecht jetzt erreicht werden soll, es des Zusammenarbeitens aller derer bedarf, die auf dem Boden dieser Forderung stehen. Noch sind die Schwierigkeiten, die sich der Erreichung dieses Zieles bedarf, nicht überwunden, im Gegenteil täglich türmen sich neue Schwierigkeiten auf, und niemand vermag das Ende zu übersehen. In einer solchen Situation die Fahne des Bürgerkriegs aufzupflanzen ist das Zeichen politischer Kurzsichtigkeit und Unreife, wie wir sie selbst den Unabhängigen nicht zugetraut hätten. Die Krone selbe Ströbel seinem Benehmen am Montag auf, indem er nach einer Rede Dues über die vom Ausschuss beschlossene Zusammenfassung des Herrenhauses plötzlich anstatt mit der Sozialdemokratie gemeinsam für die Erweiterung der Volksrechte einzutreten, plötzlich gegen die Regierungssozialisten im allgemeinen und den Genossen Haentisch im besondern wettete und Haentisch, dessen Ausführungen vom letzten Sonnabend ihm nicht gefallen haben, mit den üblichen Liebenswürdigkeiten überhäufte. Die um Heydebrand machten

auf ihrer Genehmigung kein Geßl. In ihrem Kampf gegen das gleiche Wahlrecht sind ihnen eben alle Bundesgenossen recht, die freiwilligen genau so wie die unfreiwilligen. Den Schaden aber hat in letzter Linie das Volk.

Das deutsch-französische Gefangenena-bkommen.

Der Hauptausschuß des Reichstags nahm am Montag die Mitteilungen des Generalmajors Friedrich über die kürzlich zum Abschluß gelangten deutsch-französischen Verhandlungen über Kriegsgefangene und Zivilpersonen entgegen. Generalmajor Friedrich schrieb das günstige Ergebnis hauptsächlich dem Umstande zu, daß die französische Regierung sich jetzt zum ersten Male dazu entschlossen habe, ihre Delegationen

zu unmittelbaren Verhandlungen an einem Tisch mit den deutschen Delegationen zu ermächtigen. Grundlage der Verhandlungen sei gewesen, daß deutschseits die Fragen der Kriegsgefangenen und Zivilpersonen ein untrennbares Ganzes bilden müssen.

Das Ergebnis der Verhandlungen war kurz folgendes: Der Austausch aller Kriegsgefangenen Untereffiziere und Mannschaften, die 18 Monate in Gefangenschaft gewesen seien, erfolgte grundsätzlich Kopf um Kopf; außerdem würden ohne Rücksicht auf die Zahlen die Familienväter mit mindestens drei Kindern im Alter zwischen 40 und 45 Jahren und alle Gefangenen über 45 Jahre in die Heimat entlassen. Die Offiziere würden nach den gleichen Grundsätzen in der Schweiz interniert werden. Hiernach würden alle deutschen Kriegsgefangenen aus den Jahren 1914, 1915 und 1916 aus der Gefangenschaft befreit werden. Alle gutzeit in der Schweiz wegen Verwundung oder Krankheit internierten Offiziere, Untereffiziere und Mannschaften, die vor dem 1. November 1916 gefangen genommen worden seien, würden in die Heimat entlassen; man könne damit rechnen, daß ihre Heimkehr in den nächsten Wochen erfolgen werde und daß im Laufe des Juli die Austauschtransporte aus Frankreich beginnen würden. Es sei selbstverständlich, daß der Transport so großer Mengen sich über eine längere Zeit erstrecken werde. Der Tag der Gefangenennahme sei für die Reihenfolge der Transporte maßgebend.

Außerdem seien über die Ernährung, Behandlung und Bekleidung der Kriegsgefangenen eine Reihe von wichtigen in alle Einzelheiten gehenden Vereinbarungen getroffen worden, so daß zu hoffen sei, daß das Los unserer Kriegsgefangenen in Frankreich wesentlich verbessert werde.

Auch über die in beiden Ländern zurückgehaltenen Zivilpersonen, die gutzeit interniert sind oder jemals während des Krieges interniert waren, sei eine Einigung dahin erzielt worden, daß alle einschlüsslich der Wehrpflichtigen in ihre Heimat zurückkehren dürfen. Hiernach würden endlich auch die unten diese Bedingung fallenden Elsaß-Lothringer Frankreich verlassen können. Der Rücktransport der jetzt noch Internierten müsse in drei Monaten, die Heimkehr der übrigen Freizugelassenen in sechs Monaten beendet sein.

Endlich seien Vereinbarungen über die Behandlung der Bevölkerung in den besetzten Gebieten getroffen worden, in denen den Wünschen der französischen Regierung, soweit es die militärischen Interessen gestatten, Rechnung getragen sei. Mit besonderer Dankbarkeit gedachte Generalmajor Friedrich der Verdienste des Schweizerischen Regierung an dem Zustandekommen dieses großen Werkes der Menschlichkeit, das den Kriegsgefangenen in Frankreich neue Hoffnungen geben und Trost in zahllose Familien tragen werde.

Der Vorsitzende, Abg. Fehrenbach, sprach dem General Friedrich den Dank des Ausschusses für sein erfolgreiches Wirken aus.

Ein politischer Beleidigungsprozess.

Wien — Frankfurt a. M.

Wegen eines scharf ablehnenden Artikels über sein Buch „Die Habsburger und die serbische Frage“ in der Wiener „Arbeiterzeitung“ hat der bekannte Diplomat des Wiener Volksplatzes Leopold Mandl gegen den Reichstagsabgeordneten Genossen Hermann Wendel Strafantrag wegen Verleumdung gestellt. Die Frankfurter Staatsanwaltschaft hat darauf hin — im öffentlichen Interesse! — das Offizialverfahren gegen Wendel eingeleitet.

Zur Sicherung der Umsatzsteuer auf Luxusgegenstände hat der Bundesrat eine längere Verordnung erlassen, die mit dem 5. Mai in Kraft getreten ist. Die Ursache dieser Verordnung ist die auch im Reichstag zur Sprache gebrachte Tatsache, daß gutzeit ein enormer Handel mit Luxusgegenständen stattfindet, um die Umsätze nach der Besteuerung zu entziehen. Die Verordnung bestimmt, daß bei der Lieferung gewisser Gegenstände, wie Edelmetalle, Perlen, Edelsteinen, Werken der Plastik, Malerei und Graphik von höherem Wert sowie Antiquitäten, zur Sicherung der Umsatzsteuer eine Kautionsbürgschaft zu bilden ist, die 20 bzw. 10 vom Hundert des Entgelts zu betragen haben. Vorschläge und jährliche Jugendverhandlungen werden mit Geldstrafen bis zu 30 000 M. belegt.

Letzte Nachrichten.

Die Granate im Kriegsministerium.

Berlin, 6. Mai. Am 19. April schlug eine Granate dicht vor dem Kriegsministerium in Paris ein und zertrümmerte fast alle Fensterhöfen und Lampen. Eine große Anzahl von Beamten des Ministeriums wurde durch Splitter und Kartenteile verletzt.

Ein Attentat auf den Präsidenten der Rada.

Wien, 6. Mai. Den „Nachrichten aus der Ukraine“ wird aus Kiev berichtet: In die hellsten ukrainischen Offiziere erging der Befehl, sich sofort zum Dienst zu melden. Unter den wenigen Auszeichnungen, welche die neue Umwälzung zur Folge hatte, ist ein Attentat zu verzeichnen, das die sogenannten Eiskühnen auf den Präsidenten der Rada Oruchowski am 30. April verübten. Oruchowski selbst blieb unverletzt. Eine Frau, die sich vor ihm gestellt hatte, wurde durch einen Bajonettschlag in die Hand leicht verletzt. Die Eiskühnen wurden entwisst.

Französischer Heeresbericht vom 6. Mai nachmittags.

Im Laufe der Nacht führten die Franzosen zwei erfolgreiche Landstöße westlich von Langard und südlich von Aboon aus und brachten Gefangene ein. Ein Versuch des Feindes, nach bestiger Beschichtung sich den französischen Linien südwestlich vom Gute Aboon zu nähern, scheiterte vollkommen, wobei viele Tote auf dem Gelände liegen blieben. In der Champagne drang eine französische Abteilung in der Gegend von Loreux westlich von Reims in die bewaldeten Anlagen ein. Nach einer lebhaften Beschichtung, in deren Verlauf sie dem Gegner erhebliche Verluste beibrachte, kehrte sie in die französischen Linien zurück und brachte viel Material mit. In Lothringen und der Gegend von Aboon machte eine französische Erkundungsabteilung nach Kampf Gefangene ohne eigene Verluste. Von der übrigen Front ist nichts zu melden.

Heute 8 Uhr abends: Wahlrechtsversammlung Sophiensäle.

Redner: Landtagsabgeordnete Leinert und Hue.

Parteinachrichten.

Der Düsseldorf Konflikt.

Am Freitag wurde im Streit um den rechtmäßigen Besitz der 'Vollzeitung' das Urteil gesprochen. Es lautet dahin: Die einstweilige Verfügung, durch die die alte Partei wieder in den Besitz ihres Blattes kam, bleibt bestehen! Die 'unabhängigen' Kläger wurden mit ihrem Anspruch kostenpflichtig abgewiesen! Damit ist der Streit in seiner ersten Phase entschieden, und der Haupttermin am 8. Mai, in dem die widersprüchliche Besitzentziehung zur Verhandlung steht, dürfte kein anderes Bild bringen.

Die 'Düsseldorfer Volkszeitung' teilt gleichzeitig mit: Die 'unabhängigen' haben in der unaufrichtigsten Weise gegen unser Blatt gearbeitet. Da sie selbst nicht glauben, daß sie mit guten Gründen bei den Düsseldorfer Arbeitern gegen uns ankommen, so haben sie mit Lügen und Terrorismus gearbeitet. Sie haben behauptet, wir erschienen ab 1. Mai nicht mehr, und um dieser Behauptung Wahrscheinlichkeit zu geben, haben sie sich nicht scheut, Votenfrauen zum Kontraktbruch zu verleiten. Auch zwei Angehörige hat man zu bewegen gewußt, Kontraktbrüchig zu werden. Wir haben dadurch natürlich an zwei Tagen einige Schwierigkeiten gehabt; diese sind aber jetzt völlig beseitigt. Wegen der Schuldigen wird natürlich in entsprechender Weise vorgegangen werden. Gefreudlich ist für uns und die Tatsache, daß uns unsere Abonnenten die Treue halten. Ganze Stöße von Postkarten laufen ein, in denen mitgeteilt wird, daß die Schreiber kein Blatt aus Solingen, sondern ihr Düsseldorfer Parteiblatt haben wollen. Sie sollen es auch bekommen!

Margfeier in Schweden.

Stockholm, 5. Mai. (Nachung von Svenska Telegrambyrå.) Heute, als am hundertjährigen Geburtsstage Karl Marx, hat im Stockholmer Volkshaus eine Gedächtnisfeier stattgefunden, und zwar Vorträge von cand. phil. Arthur Engberg über Marx als Geschichtsphilosophen, von Staatssekretär im Finanzministerium Richard Sander über Marx als Nationalökonom und von Dr. Pranting über Marx als Politiker, sowie Gesang und Musik.

Der Abg. Nöhle ersucht um die Feststellung, daß er einen Brief des von uns gestern nach der 'Dresdener Volkszeitung' angelegenen Inhalts nicht geschrieben habe. — Selbst wenn der Nöhlesche Brief nicht bis auf den i-Punkt genau von der 'Dresdener Volkszeitung' angegeben sein sollte, so wird er doch nicht mehr landläufig. Das bestätigt auch die unabhängige 'Pirnauer Volkszeitung'.

Groß-Berlin

Weder Kohlen noch Gas.

Immer wieder gehen uns bittere Klagen über die Kohlennot zu. Unbemittelte, die selber sich ihr bisheriges Feuerung heranschaffen, müssen viele Stunden für Wartezeit drangeben und sich womöglich schon in der Nacht bei dem Kohlenhändler anstellen. Sie können es auch erleben, daß sie trotz vielfältigen Wartens nichts mehr erhalten und leer wieder heimgehen müssen. In die ärgste Bedrängnis geraten diejenigen, die keine Gasheizung haben und dann nirgends Kohlen aufreiben können. Eine Leserin, die das durchgemacht hat, schildert uns ihre Kollage. Da der Mann und zwei Söhne im Heeresdienst sind, so arbeitet sie als Einkäuferin eines Nähmaschinengeschäftes, wobei sie viel unterwegs ist. Sie berichtet uns, daß sie in der letzten Zeit oft an einem Tag für 1-1 1/2 M. Holz habe verbrennen müssen, weil sie zum Kochen keine anderen Brennstoffe hatte. Daß Kinderbrennstoffe wegen Kohlenmangels so außerordentlich hohe Ausgaben für Feuerung machen müssen, ist doch ein unerträglicher Zustand. Im übrigen ist auch das Holz jetzt so knapp, daß man es sich nicht längere Zeit hindurch in solchen Mengen beschaffen kann. Die Forberung dieser Leserin, daß Haushaltungen ohne Gas bei der Kohlenlieferung bedorugt werden sollten, ist berechtigt. 'Mit Lebensmitteln schmieren kann ich nicht,' klagt die Frau.

Der bewohrte Käufer ist straffrei.

Das Reichsgericht hatte in einer neuerlichen Entscheidung Gelegenheit, sich über die Frage auszusprechen, ob sich der Käufer einer Ware bei vorliegender übermäßiger Preissteigerung strafbar macht. Das Reichsgericht hat diese Frage verneint und sagt: nur wer übermäßige Preise fordert oder sich oder einem andern gewähren oder versprechen läßt, ist nach der Verordnung gegen übermäßige Preissteigerung zu bestrafen, also der Verkäufer, nicht auch der Käufer.

Der Dienst der Postkommissionen während des Pfingstfestes ist folgendermaßen geregelt: Himmelfahrt: 9-10 Uhr vormittags; Pfingstsonntag: bis 4 Uhr, wie gewöhnlich; Pfingstmontag: Geschlossen; Pfingstdienstag: Die üblichen Sonntagsdienststunden, von 9-11 Uhr.

Früheres Hintertell. Daß eine Fräulein durch ihre äppigen Formen sogar den Berliner Straßenverkehr zu behindern vermag, dürfte man in der gegenwärtigen Zeit der erhöhten Knochenbeilagen kaum glauben wollen. Und doch hat sich der Fall am Treffpunkt der 'Markgrafen- und Junkerstraße' ereignet. Freilich war es keine Fräulein aus Fleisch und Bein, sondern eine eiserne, nämlich die Lokomotive 'Fräulein', die einen Straßenlastwagenzug der Firma Paul Schür führte und durch Achsenbruch verunglückte. Die Lokomotive lag mit dem schweren Hinterteil quer in der Markgrafenstraße, wodurch der Straßenbahn- und der übrige Wagenverkehr eine Störung erlitt. Es blieb schließlich nichts anderes übrig, als den unbeweglich gewordenen Kolof fortzuschleifen.

Der Raubüberfall auf den Postkassierer Gornig, bei dem dem Täter 40 000 M. Papiertgeld in die Hände fielen, scheint auf Verabredung verübt worden zu sein. Die weiteren Ermittlungen der Kriminalpolizei haben dahin geführt, daß der Ueberfallene Gornig in der Danziger Straße 40 verhaftet und dem Untersuchungsrichter vorgeführt wurde. Nach der Bekundung eines Augenzeugen bei der 'Räuber' den Ueberfallenen vor der Tat an der Ecke der Alsensteiner und Wöhlwitzerstraße neben seinem Fahrrad sitzend erwartete. Er muß also gewußt haben, daß er kommen werde. Gornig machte nun den Gang von dem einen Postamt nach dem anderen jeden Monat nur einmal und jedesmal an einem bestimmten Tage und zu einer bestimmten Zeit. Er konnte außerdem für den Bestallgang zwei Wege wählen und wechselte sie auch öfter. Durch Beobachtung konnte also der Täter nicht erfahren, welchen Weg er nehmen werde. Er muß es auf andere Weise erfahren haben, und es liegt nun der Verdacht nahe, daß Gornig selbst es ihm gesagt habe. Dieser ist auch vor einiger Zeit in Begleitung eines vertrauten Freundes, eines Postboten Adolf Hübsch aus der Alsensteiner Straße 18, im Besitz eines Fahrrades gesehen worden. Es ergab sich nun, daß dieses Fahrrad Eigentum eines Reffen des Gornig ist, eines 17 Jahre alten Arbeiterschen Bruno Pampflig, der in der Wöhlwitzer Straße 66 bei den Eltern wohnt. Pampflig ist seit dem Morgen nach dem Ueberfall aus der elterlichen Wohnung verschwunden und hat nichts mehr von sich hören lassen. Auch das Verhalten des Hübsch ist verdächtig. Es ist festgestellt, daß er in der Zeit des Ueberfalls sich auf seinem Dienst auf dem Postamt 40 heimlich entfernt hat. Er hatte gedroht, daß er nach dem Bahnhof Alexanderplatz gehen wolle, um seine Mutter, die er von außerhalb erwarte, abzuholen. Die Mutter ist aber gar nicht am Tage des Ueberfalls, sondern erst einen Tag später nach Berlin gekommen. Ob Pampflig im Einverständnis mit Gornig den Ueberfall selbst ausgeführt hat, oder ob er ihn durch jemand anders aus seinem Anhang hat ausführen lassen, steht noch nicht fest. Die Kriminalpolizei ersucht unter Hinweis auf die Belohnung von 2000 M. alle, die über den Verkehr und den Freundeskreis Gornigs, des Hübsch und Pampflig Auskunft geben können, sich im Zimmer 105 des Polizeipräsidiums zu melden, ebenso auch alle die, die den 'Räuber' bei der Tat oder vorher oder auch später noch in jener Gegend gesehen haben.

Proffartenfabriken, Fälschungen und Familienstiehlungen. Auf dem Potsdamer Bahnhof fiel ein reger Bendeleverkehr bestimmter Leute mit Koffern und Paketen zwischen Berlin und Potsdam auf. Die Polizei ließ diese Reisenden beobachten und ermittelte, daß sie in Potsdam in Päckereien Brot in großer Menge kauften und in Berlin zum Teil wieder veräußerten. Die Seele dieses Handels war ein Maschinenmeister Ehrenwert aus der Alten Jakobstraße. Er war früher in Potsdam in der Druckerei beschäftigt, die die Nahrungsmittellarten für den Magistrat herstellte, und verleitete einen Lehrling, für ihn Karten zu stellen. Diese fälschte er in einer Druckerei in seiner Wohnung mit dem Aufdruck, mit dem der Potsdamer Magistrat die aus der Druckerei gelommenen Karten nachträglich verfährt. Ehrenwert verkaufte dann nicht nur die Karten, sondern auch Brot, das er durch mehrere Leute regelmäßig auf die Fälschungen aus Potsdamer Päckereien holen ließ. Einen größeren Posten noch nicht fertiger Karten und die Uchtes für den Aufdruck fand und beschlagnahmte die Kriminalpolizei in der Wohnung des Verfaßten. — Ein Buchdrucker Schwarz aus der Oberberger Straße bekam eine Zuckerkarte von Magdeburg in die Hand, fälschte hiernach größere Mengen täuschend ähnlich in seiner Druckerei und ließ sie in Magdeburg verkaufen. Dort wurde sein Vermittler, ein Schlosser Fritz Wehner, ertrappt und jetzt auch er selbst verhaftet. In seiner Druckerei wurden alle seine Werkzeuge beschlagnahmt. Schwarz war durch Not zu den Fälschungen gekommen. — Ganze Familien liehen zwei andere Fälscher, ein wohnungsloser Kaufmann Kalowski und ein Buchdrucker Felix Raier aus der Zimmerstraße 49, von Hannover nach den westlichen Vororten Berlins abwandern, um sich Nahrungsmittellarten aller Art zu erschwindeln. Die beiden Junggeheulen erstanden kurzerhand die Familien, gefielten den Eltern diese oder jene Anzahl Kinder zu, in der Regel recht viele, und fälschten dementsprechend Abzugsbescheinigungen der Stadt Hannover. Kalowski hatte hierzu einen hannoverschen Gummistempel besorgt und Raier ließ danach bei einem hiesigen Verlag die Stempel anfertigen. Die 'Anmeldungen' und entsprechende polizeiliche Bescheinigungen fälschte er mit Stempeln der Revierpolizei. So wurden bisher 45 ganze Familien, die es gar nicht gibt, von Hannover nach Stralitz, Charlottenburg usw. 'verschoben', und die beiden Fälscher erhielten jedesmal die staatliche Menge Nahrungsmittellarten von den Brotkommissionen. Hier fiel aber endlich der letzte Zug von Hannover auf. Kalowski wurde erwischt, als er wieder einmal Karten abholen wollte, und Raier wurde dann in seiner Wohnung verhaftet. Die falschen Stempel hatte er hier in einem Kosfutter versteckt.

Charlottenburg, Lebensmittel. Bis zum 15. Mai können auf Abschnitt 43 der neuen Eierkarte zwei Eier entnommen werden. In diesem Monat wird auf jede Haushaltung ein Driechen Saccharin verteilt. Vom Freitag, den 10. Mai, bis Sonnabend, den 18. Mai, werden verabfolgt: 200 Gramm Suppen, Isole oder in Beuteln, je nach Vorrat, auf Abschnitt 28 der Groß-Berliner Lebensmittellarte mit dem Aufdruck Charlottenburg. Ferner: 1 Flasche Kirschsaff (3 M.) oder 1 Flasche ausländ. Himbeerlakt (1 M.) oder 1 Glas ausländ. Schlanderhonig (9 M.) je nach Vorrat auf Abschnitt W der Haushaltsbezugskarte für Charlottenburg. Vom 15. bis 25. Mai wird in den Geschäften, in denen der Karteninhaber in die Kundenliste für Geträgen, Saucen und Teigwaren eingetragen ist, einmaltig 1 Pfd. Gemüseloserven zu dem amtlich festgesetzten Höchstpreise verabfolgt und zwar auf Abschnitt 28 der allgemeinen Lebensmittellarte 1 Pfd. Gemüseloserven, auf Abschnitt 14 der Jugendblüten-Karte ein weiteres Pfund. Ein Anspruch auf eine bestimmte Sorte Konserven sowie eine bestimmte Wärfengröße besteht nicht.

Schöneberg, Lebensmittel. In der laufenden Woche dürfen auf Abschnitt 43 der Schöneberger Eierkarte weitere 14 Pfund Kartoffeln entnommen werden. Diese Kartoffeln gelangen später zur Anrechnung. Alle diejenigen Personen, die mit Kartoffeln vorverfolgt und nicht im Besitz von Kartoffelkarten sind, dürfen auf die Eierkarte Kartoffeln nicht entnehmen. Bis Sonntag, den 12. Mai, wird an diejenigen Kunden, die in die Speisefestkundenlisten des 7. und 13. (hüder 4. und 6a) Brotkommissionsbezirks eingetragen sind, pro Kopf 125 Gramm pommerischer Weichkäse verteilt. — Sammelstelle für getragene Kleidung. Der Magistrat hat eine mit der Bekannmachung des Magistrats Berlin gleichlautende Verordnung über die Sammlung getragener Oberbekleidung für Männer veröffentlicht, wonach die einzige Annahmestelle für Schöneberg sich Brunenwaldstr. 19, Geschäftszeit 4-8 Uhr, befindet.

Lichtenberg, Lebensmittel. Für die Zeit vom 6. bis 15. Mai gelangen unter Dinzunahme einer Sonderzuweisung gegen vorherige Anmeldung auf Abschnitt 27 der gemeinsamen Lebensmittellarte zur Verteilung: 500 Gramm Nahrungsmittel bestehend in: 100 Gramm Rosentrunk, 200 Gramm Grütze oder Graupen, 200 Gramm Weizenkleie zum Gesamtpreise von 48 Pf. Auf Abschnitt 9J, 10J, 11J der Lebensmittellarte für Jugendliche je zwei Suppenwürfel gleich 6 Suppenwürfel 10 Pf. In den städtischen Fischhallen und bei den hiesigen Fischhändlern und Mäckerwaren-geschäften werden abgegeben: Auf Abschnitt 206 B, J, G, K 1/2 Pfund (Heringe, Heringe sind auch in den Kolonialwaren-geschäften zu haben.) Ohne Abtrennung von Marken, aber gegen Vorseizung der Lichtenberger Lebensmittellarte. Frische Fisch- und Seefische und Mäckerwaren. Gegen Abstempelung des Abschnitts 44 der Eierkarte: 1 Dose Marinaden zu Tagespreisen.

Wilmerdorf, Lebensmittel. Vom 6. bis 12. Mai gelangen zur Verteilung: Auf Abschnitt 18 der allgemeinen Lebensmittellarte bis Mittwoch, den 8. Mai: ein Pfund Marmelade, auf Abschnitt 25: 200 Gramm Graupen, auf Abschnitt 9 der Karte für Jugendliche: 100 Gramm Graupen, auf Abschnitt V der blauen Bezugskarte für Einzelpersonen: 125 Gramm Dörr-Stedrüben (0,34 M.) und 100 Gramm Dörr-Weißkohl (0,43 M.). Ferner werden voranschicklich abgegeben: Auf Abschnitt B der grünen Bezugskarte für Einzelpersonen: 50 Gramm Käsehefe (0,26 M.) und auf Abschnitt 2 der

roten Haushaltsbezugskarte: 4 Stück Knochenbrühwürfel (zusammen 0,10 M.) und 50 Gramm Knochenbrühwürfelmasse (0,32 M.) oder 50 Gramm Knochenbrühertraft (0,21 M.). Bis zum 8. Mai hat für Kinder im 1. und 2. Lebensjahre (gelber Bezugschein) und für Kinder vom 3. bis 6. Lebensjahre (rosa Bezugschein) die Voranmeldung zum Bezuge von 1 Pfund Nahrungsmitteln zu erfolgen. — Auf die Buchstaben S und Y der Bezugskarte für Einzelpersonen werden abgegeben: 1/2 Pfund Heringe oder frische Fische bezw. 1/2 Pfund Mäckerwaren. — Die Kartoffel-wochenmenge ist wieder auf 7 Pfund festgelegt worden, und zwar sind 6 Pfund auf die Abschnitte 19a bis 19f der Hauptkartoffelkarte, 1 Pfund der sogenannten eisernen Ration der Verbraucher zu entnehmen. Es können in der Woche vom 6. bis 12. Mai auch bereits für die nächste Woche 7 Pfund Kartoffeln (6 Pf. auf die Abschnitte 19a bis 20f der Hauptkartoffelkarte, 1 Pfund auf die beiden Abschnitte B der Sonder-Kartoffelkarte) entnommen werden. Die Kranken und Gemeinenden bewilligten Zulag-Lebensmittellarten werden durch die Abteilung für Krankenernährung, Wilhelmstraße 114/116, nach besonderer Ausgabeordnung von Mittwoch, den 8. bis Mittwoch, den 15. Mai, verständig verteilt. Eine Ausgabe von Lebensmittellarten für Jugendliche von über 7 bis 17 Jahren ist für Montag, den 13. Mai, und Dienstag, den 14. Mai, angelehrt. Die Ausgabe erfolgt zwischen 9 und 2 Uhr durch die Brotkommissionen. — Belieferung rückständiger Kohlenarten. Inhaber von Kohlenarten, die von einem Kohlenhändler noch nicht beliefert worden sind, werden gebeten, sich unter Vorlegung der Karten in der Städtischen Kohlenverforgung, Brandenburgische Str. 5, in der Zeit von 9 bis 1 Uhr, zu melden. Die Meldung muß möglichst umgehend erfolgen, da die Karten nur bis Ende dieses Monats Gültigkeit besitzen.

Reinickendorf, Lebensmittel. Auf Abschnitt 5 der Eßstoffs-karte H kann im Laufe des Monats Mai ein Päckchen Süßstoff entnommen werden.

Tempelhof, Aufschußwahlen zur Ostkrankenliste. Sonntag, den 16. Juni, findet für die Allgemeine Ostkrankenliste Berlin-Tempelhof die Wahl von 16 Vertretern und 10 Ersatzmännern zum Ausschuh der Kasse statt. Die Gewerkschaftsvertreter und Vertrauensleute werden hierdurch ersucht, geeignete Kandidaten aus denjenigen Betrieben, welche der Allgemeinen Ostkrankenliste angehören, in Vorschlag zu bringen und zwecks Aufstellung der Vorschlagsliste baldmöglichst an die Adresse des Genossen Binte, Mariendorf, Eisenacher Straße 9 III, einzureichen. Es wird um genaue Angabe der Adresse, des Betriebes und der Gewerkschaftszugehörigkeit der Vorgesetzten ersucht. Gleichzeitig ersuchen wir um Angabe, wer von den in Vorschlag Gebrachten als Ausschuhvertreter und wer als Ersatzmann in Frage kommt. — Wählbar sind männliche und weibliche Mitglieder der Kasse, welche volljährig und Deutsche sind. — Die Parteigenossen und Gewerkschaftsmitglieder werden gebeten, ihre Vertrauensleute auf diesen Aufruf aufmerksam zu machen. Die Gewerkschaftskommission für Tempelhof, Mariendorf, Mariensfelde. J. A.: B. Binte.

Friedrichshagen, Lebensmittel. In der Lebensmittelverkaufs-stelle der Gemeinde kommen in dieser Woche zum Verkauf: Kohlräben, rote Rüben, Khasbarber, Wassbirnen, Spinat und Spargel. Ferner kommen die in eigener Fabrik hergestellten Gemüseloserven, Mohrrüben und Kohlrabi, mit und ohne Fleisch, in Zweipfund- und Fünfpfund-Dosen zum Verkauf. Die grauen Ausweiselarten sind mitzubringen.

Kamadow, Lebensmittel. Es werden in dieser Woche bei den Kleinhändlern abgegeben: 500 Gramm Weizkohlauerkraut (25 Pf.) auf Abschnitt 46 der allgemeinen Lebensmittellarte, 125 Gramm Leiharzen (22 Pf.) auf Abschnitt 47, 100 Gramm Sago (24 Pf.) auf Abschnitt 14 für Jugendliche. Die Karteninhaber müssen noch heute die Lebensmittellarten-abschnitte 46, 47 und 14 bei dem Kleinhändler abgeben, bei dem sie die Ware zu beziehen wünschen. Die Waren sind vom Freitag, den 10. bis Montag, den 13. d. M. in Empfang zu nehmen. Heute findet in den Verkaufsstellen der Gemeinde der Verkauf von Delfardinen und Fetterhingen auf folgende Nummern des Ausweiselstatts: Winkel Nr. 4635-5135, Prommet 4051-4550, Rudow 3901-4400, Müller 3906 bis Schlusnummer und 1-300, Ziegen 2701-2992 und 3001-3200.

Spandau, Stadtverordnetenwahl. Mittwoch, den 8. Mai, findet am 8. Kommunwahlbezirk die Ersatzwahl der III. Abteilung zur Stadtverordnetenversammlung für den verstorbenen Genossen Wilhelm Pieper statt. Unser Kandidat ist

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Groß-Berlin. Heute abend 8 Uhr in den Sophien-Sälen, Sophienstraße 17/18: Mitgliederversammlung. Freies Wahlrecht im preussischen Abgeordneten-hause! Referenten sind die Landtagsabgeordneten Robert Leinert und Otto Hue.

Genosse Emil Stahl.

Alle Partei- und Genossenschaftsgenossen werden aufgefordert, morgen unbedingrt zur Wahl zu gehen und ihre Stimme für unseren Kandidaten abzugeben. Die Wahl findet von 10 bis 1 und 5 bis 8 Uhr, im Wahl-lokal, Restaurant von August Meinenberg, Klosterstr. 5 (Ecke Hamburger Straße) statt.

Besondere schriftliche Einladungen ergehen nicht. Die Wähler haben sich auf Erfordern des Wahlvorstandes über ihre Person auszuweisen; es ist daher eine Legitimation (Steuerzettel usw.) mit-zubringen. Der Wahlbezirk umfaßt folgende Straßen: Altonaer Straße, Amalienhofstraße, An der Kuppe, Vorkumer Straße, Dallgower Straße, Egelpfuhlweg, Grüner Weg, Hamburger Straße, Hoch-gerichtstraße, Johannastraße, Lazarusstraße, Meyer Straße, Rauener Straße, Seeburger Straße, Seefeldler Straße, Schulen-straße, Staafener Straße, Steetiner Straße, Urkenstraße, Wil-helmsdäverer Straße.

Das sozialdemokratische Wahlkomitee. Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Mittwoch mittag. Im Südwesten vielwolkig, im Nordosten meist bewölkt, in den anderen Gegenden vorwiegend trüb, an der Küste gleichmäßig, im Binnenlande mittags warm, in der Nacht zu Mittwoch kühlen-welle Frost.

Direktion Max Reinhardt.
Deutsches Theater.
 7 1/2 Uhr: Der Bürger als Edelmann.
 Mittwoch: Sumurun.
Kammerspiele.
 8 Uhr: Sumurun.
 Mittwoch: Sumurun.
Volksbühne.
 Theater am Blüowplatz.
 Untergrundb. Schönh. Tor.
 7 1/2 (neu einstud.): König Lear.
 Mittwoch: Die Richtige.

Theater des Westens
 Allabendlich 7 1/2 Uhr:
Leopoldine Konstantin in
Die Tänzerin.

Dir. C. Meinhart - K. Bernauer.
Theater in Königgrätzer Str.
 7 1/2 Uhr: Schwestern u. der Fremde.
Komödienhaus
 7 1/2 Uhr: Die Zarin.
Berliner Theater
 7 1/2 Uhr: Blitzblaues Blut.

National-Theater.
 Theater in d. Cöpenicker Str.
 Tägl. Die ist richtig!
Walhalla-Theater.
 7 1/2 Uhr:
Donauliebchen.

Rose-Theater.
 7 1/2 Uhr:
Bachstelzchen.

WINTERGÄRTEN
Paul Göbel
 der Uckerische
Chester Dieck
 Exotischer Radfahrer
„Durga“
 das fliegende Piano
 sowie der
 große
Mai-Spielplan!

Apollo-
 Theater
 Friedrichstr. 218
 7 1/2 Uhr: **Paul**
Beekers
 Deutschlands
 bester Komiker
 sowie 12 erste
 Variété-Attraktionen
 Sonntag 3 1/2 Uhr jeder
 Erwachs. 1 Kind frei!

Busch
 Tägl. 7 1/2 Stg. 3 1/2 u. 7 1/2
 Das neue Mai-Programm
 Prof. Hawkins dressierte
 Hundevorte. Eine dasteh.
 D. Wunderhund Bobby,
 rechnet u. setzt Wörter
 zusammen usw. usw.
 Zum Schluss:
 Gr. Anstatt-Pantomime
„Frühlingsspiele“
 m. den gr. Wasser-Szenen
 Sturms mit d. Wolken-
 bruch! - Kahrutsch aus
 30 Meter Höhe
 in den Grunewaldsee.
 Himmelfahrt, 9. Mai:
 2 Vorst. 3 1/2 u. 7 1/2 Uhr.
 Auch nm. „Frühlingsspiele“
 unge- Kind auf all.
 1 horige Sitap! frei!

Trianon-Theater
 1/8 am Bhf. Friedrichstr. 1/8
 Tel.: Zentrum 4927 und 2391.
Der Lebensschüler
 Komödie von Ludwig Fulda.
 Ida Wüst, Erich Kaiser-Titz,
 Paul Bildt, Flink, Keetner.
 Stg. 4 U. kl. Pr.: Hedda Gabler.
Theater der Friedrichstadt.
 Ecke Friedrich- u. Liniestr.
 Nord. 8650. Täglich 7 1/2:
Familie Hannemann.
 Schwank in 3 Akten von
 Max Reimann u. O. Schwarz.
 Hans Junkermann, v. Möllendorff
 Alice Tornier, Richard Georg.
Casino-Theater
 Lotzinger Str. 37. Tägl. 7 1/2 u. 11.
 Letzter Monat der Spielzeit.
 Das neue große Mai-Programm.
 Erstklassige Spezialitäten
 dazu das beste Familienbild
Muna's Traum.
 Sonntag 4 Uhr: Malenkauber.

Reichshallen-Theater.
 Allabendlich 7 1/2 Uhr:
Stettiner Sänger.
 Reichshallen-Saal 7 1/2 Uhr:
 Großes Blüthen-Konzert.

Theater für Dienstag, 7. Mai.
Central-Theater
 Kommandantenstraße 57.
 7 1/2 Uhr: Die Csardasfürstin
Friedrich-Wilhelmst. Theater
 7 1/2 Uhr: Das Dreimäderlhaus.
Deutsches Opernhaus
 7 1/2 Uhr: Der Postillon v. Lonjumeau
Kleines Theater
 7 1/2 Uhr: Nante.
Komische Oper
 7 1/2 Uhr: Schwarzwaldmädel.

Lustspielhaus 7 1/2 Uhr:
 Die blonden Mädel v. Lindenhof
Metropol-Theater
 7 1/2 Uhr: Die Rose von Stambul.

Neues Operettenhaus
 Schiffbld. 4a, Kassent. N. 291
 7 1/2 Uhr: Der Soldat der Marie.
Residenz-Theater
 7 1/2 Uhr: Der junge Zar.
Schiller-Theater O
 7 1/2 Uhr: Der letzte Funke.
Schiller-Th. Charl.
 7 1/2 Uhr: Ein Erfolg.
Thalia-Theater
 7 1/2 Uhr: Unter der blühenden Linde
Theater am Nollendorfsplatz
 7 Uhr:
Variétheater

Hias ein fold-graues Spiel
 Täglich 7 1/2 Uhr abends
 Morgen, Mittwoch, nachm. 3 1/2 Uhr:
Familien- u. Schüler-Vorstellung
 zu kleinen Preisen
Palast-Theater am Zoo

Concordia - Lichtspiele
 Andreasstraße 64.
 Vom 3. bis 9. Mai
Der Rodelkavalier.
 Ein Lustspielschlager in drei Akten.
 Nur Dienstag bis Donnerstag
Drei Kolossalfilme
 Stuart Webbs **Die Geisterjagd.** Abenteuer in 4 Akten.
 Viggo Larsen in **Nachträsel.** 4 spannende Akte
 Arnold Rick in **Lust-Frau Lenus Scheidung.** Spiel in 3 Akten.

Lichtspiel-Salast
 früher Suhlmann.
 Das großen Erfolges wegen auf weitere 3 Tage auf dem Spielplan
Das Rätsel von Bangalor
 fünfaktiger indischer Liebesroman
 10000 Mitwirkende
 sowie das übrige bunte Programm.
 Anfang 5 u. 7 1/2 Uhr.
SCHONHAUSER-ALLEE 148

Admiralspalast.
 Novität
Die Prinzessin von Tragant
 Sajdah © DeutscheTänze
 7 1/2 Uhr. 2, 3, 4, 5, 6 M.
Ein grauer Kopf
 macht 10 Jhr. älter! Ergrautete Haare erhalten sofort ihre frühere Farbe echt u. naturgetreu wieder durch mein ganz ungeschädl. „Alceor“ in all Farb. erhältl. Fl. M. 3.50 Otto Reichel, Berl. 43, Eisenbahnstr. 4

De Ed David Mar:
Wer trägt die Schuld am Kriege?
 Diese Frage hat Genoffe Edward David in einer vor dem holländisch-französischen Friedenskomitee in Stockholm gehaltenen Rede beantwortet und vertritt in geradezu meisterhafter Weise den Standpunkt der deutschen Sozialdemokratie. Jeder Arbeiter, jeder Parteigenosse muß diese Brochüre gelesen haben!
 Preis 1,- Mark.
 Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW., Lindenstr. 3 (Laden), sowie sämtliche Zeitungsausgabestellen.

Die Norddeutsche Gemüsebau-Genossenschaft
 vergrößert ihre Pflanzungen in diesem Frühjahr auf das Dreifache und nimmt jetzt weitere Mitglieder als 81/15*
frühe Teilnehmer
 mit Anreisen zu 100 M., zu 200 M., zu 300 M. und bis zu 1000 M. auf. Kriegsanleihe wird zum vollen Kennwert in Zahlung genommen.
 Das Gemüse wird in unzeren
Verteilungstellen
 an die Mitglieder billig abgegeben, bei völliger Ausschaltung des Groß- und Klein-Wholesalehandels. Der Gewinnüberschuss wird als Dividende an die Mitglieder verteilt.
 Die alten Mitglieder sind mit Unterem Gemüse reichlich versorgt worden. Die jetzt neu betretenden Mitglieder sind berechtigt, ab Mitte Mai Frühgemüse zu beziehen. Aufnahme neuer Mitglieder findet statt im Laden Petersburgerstr. 4a: Montags, Mittwochs, Freitags 9-12 und 4-7, ausserdem Sonntags 11-1. Ferner im Laden Hopfenbrennerstr. 4: Dienstags, Donnerstags, Samstag 9-12 u. 4-7 und Sonntag 8-10. Ferner täglich im Verwaltungsbüreau: Burgstr. 27 III, Zimmer 76 (gegenüber Sirkus Dutsch) wochentags 10-7, Sonntag 10-1.

Buchhandlung Vorwärts
 Berlin SW. 68, Lindenstr. 3 und in allen Ausgabestellen des Vorwärts
Die Sozialdemokratische Weltkarte von Dr. David. M. d. R. 1.20
Die nächsten Aufgaben der Partei. Rede des Abgeordneten Scheidemann auf dem Würzburger Parteitag. M. d. R. 0.50
Wer trägt die Schuld am Kriege? Von Dr. Edward David. M. d. R. 1.-
Monopolfrage und Arbeiterklasse. Drei Abhandlungen von H. Cunow, O. Baf u. H. Schippel. Herausgegeben und mit einem Vorwort von W. Jannion. Brochürent. M. d. R. 0.50.
Ueber Begriff und Bedeutung der Kommunalverwaltung. Von Dr. H. Lindemann. M. d. R. 0.20.
Die deutsche Sozialdemokratie und der Weltkrieg. Eine politische Studie von Dr. Paul Lenich. M. d. R. 1.-
Partei-Zusammenbruch? Ein offenes Wort zum inneren Parteileben. Von H. Cunow. M. d. R. 0.75
Kommunale Kriegsfürsorge. Von Paul Ehrlich. M. d. R. 1.-
Sozialdemokratie u. nationale Verteidigung. M. d. R. 0.75
Für die Einheit der Partei. M. d. R. 0.50
Die Beiträge für eine verlässliche Annäherung Deutschlands u. Oesterreich-Ungarns. M. d. R. 0.75
Arbeiterkultur und Krieg. Von H. Schulz. M. d. R. 0.75

Spezialarzt
Dr. med. Reinhardt,
 Potsdamerstr. 117 a, d. Lützowstr. 11, 12, 26, 27, 10
 Syphilis, Harn-, Frauenleiden, Blutuntersuchungen, Röntgenlicht, erfolgreichst. Heilverfahren. Zeitl. Sprechst. Hart. Broch. 6, 6000, nach außerhalb beschloßen 1 St.

Oskar Wollburg
Trauer-Magazin
 gegründet 1895
 Brunnensir. 56/57.
 Große Auswahl in schwarzer Konfektion.
 Kauf Dunst's Regenherstellung in 8 Stunden.
 Änderungen sofort und gratis. Ausgabestellen.
 bereitwillig.
 Fernsp. Amt Nord 8540.

Aus Tag und Tiefe
 Gedichte v. Ludwig Reffen
 Preis M. 1.50
 Es sind Bilder aus dem Arbeiterleben, begeisterte Kampfrufe, voll von frohem Zukunftsglauben. Und daneben feinsinnige Naturbilderungen. Lebenslust und der tiefen, wie die der Natur bietet, farbige Gemälde von höherer Gediegenheit umsprüht.

Buchhandlung Vorwärts
 Berlin SW. 68
Aus Tag und Tiefe
 Gedichte v. Ludwig Reffen
 Preis M. 1.50
 Es sind Bilder aus dem Arbeiterleben, begeisterte Kampfrufe, voll von frohem Zukunftsglauben. Und daneben feinsinnige Naturbilderungen. Lebenslust und der tiefen, wie die der Natur bietet, farbige Gemälde von höherer Gediegenheit umsprüht.

Sozialdemokr. Verein für Berlin I.
 Mitgliederversammlung
 bei Glaue, Kommandantenstr. 88.
 Vortrag des Genossen Kay Schütte über Karl Marx. Diskussion und Beschlüsse.
 Der Vorstand.

Sozialdemokr. Verein für Berlin II.
 Mitgliederversammlungen:
 I. und II. Abt. Westen bei Richter, Steinmetzstr. 30a.
 III., IV. und V. Abt. Friedrichstadt und Ost-Westen. Lindenstr. 3. II. Teil III. Vortrag VI. Abt. Schmelzer bei Schuler, Gemisloplatz 4. VII. und VIII. Abt. Osten bei Reim, Urbanstr. 29.

Sozialdemokr. Verein für Berlin III.
 Mitgliederversammlung
 im Gewerkschaftshaus, Ungelerstr. 15.
Sozialdemokr. Verein für Berlin IV.
 Mitgliederversammlungen:
 Petersburger Viertel: bei Kühne, Schreinerstr. 58. Vortrag: Schulung, Aufgabe über die gegenwärtige politische Situation.
 Landsberger Viertel: im Gylisum, Landsberger Allee 40.
 Prenzlauer Viertel: Kleines Gewerkschaftshaus, Glöckelstr. 11.
 Strausener Viertel: bei Kienitz, Simon-Dach-Str. 24. Ude Renner-Str. 1. Vortrag: 2. Rückblick auf die Stadtverordnetenwahl.
 Gröbner u. Cöpenicker Viertel: Gemeinsame Versammlung im Reichsberg-Hof, Reichsberger Str. 147. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Baumert: Parlamentarismus in den demokratisch regierten Ländern. 2. Diskussion. 3. Parteiangelegenheiten.
 Der Vorstand.

Sozialdemokr. Verein für Berlin V.
 Mitgliederversammlungen:
 Abt. 1b bei Schwandberg, Rosengardener Str. 3.
 Abt. 1 u. 1a bei Winger, Winkstr. Ude Christenburger Str.
 Abt. 2 u. 3: Siemens'se Festsäle, Linienstr. 8.
 Abt. 4, 5 u. 6 bei Pöcker, Linienstr. 198.
 Abt. 7 bei Walter, Schiffbauerdamm 21.
 Der Vorstand.

Sozialdemokr. Verein für Berlin VI.
 Mitgliederversammlungen:
 1. u. 2. Abt. bei V. Dobroslaw, Schweinender-Str. 11.
 3. u. 4. Abt. bei Burg, Prenglauer Allee 189, Ude Kammerstr.
 5. Abt. bei Grunau, Stahlweimer Str. 30, am Kaiserstr. und Eisenbahnstraße Kappellallee.
 6. Abt. bei Goldschmidt, Stolpische Str. 26.
 7. Abt. bei Korn, Sternstr. 10, Ude Hallplatz.
 8. Abt. bei Hoffmann, Schweinender Str. 47.
 9. Abt. bei Cziglo, Stralunder Str. 11.
 10. Abt. bei Carus, Voltastr. 37.
 11. Abt. bei Paul, Gartenstr. 101.
 16., 17. und 20. Abt. bei Sachse, Lindower-Str. 26.
 18. u. 19. Abt. im „Zwischenplatz“, Egerstr. 101.
 21. u. 22. Abt. bei Zewandowski, Cöpenstr. 101.
 Die Generalversammlung findet Dienstag, den 28. Mai, abends 8 Uhr, in Franke's Festsälen, Sadstr. 19, statt.
 Der Vorstand.

Parteiveranstaltungen in Großberlin
 Dienstag, den 7. Mai, abends 8 Uhr:
Allgemeine Mitgliederversammlung
 der sozialdemokratischen Bezirksorganisation Groß-Berlins
 in den
 „Sophien-Sälen“, Sophienstr. 17/18.

Freies Wahlrecht
 im preußischen Abgeordnetenhaus!
 Referenten: Landtagsabgeordnete
Robert Leinert und Otto Hue.
 Zu zahlreichem Besuch ladet ein Der Bezirksvorstand.
 Sozialdemokratischer Verein Berlin VI.
 Dienstag, den 7. Mai, abends 8 Uhr, im Mittelsaal der
 Brauerei Pasenhofer, Turmstr. 26/27:
Mitglieder-Versammlung.
 Vortrag des Reichstagsabgeordneten H. Wissell.
 Entgegennahme von Beiträgen. Aufnahme neuer Mitglieder.
 Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Verein für Pankow u. Umgegend
 Dienstag, den 7. Mai, abends 8 Uhr,
 „Zur Güte“, Pankow, Breitestr. 16:
Mitglieder-Versammlung.
 Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen E. Heilmann.
 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
 Gäste willkommen. Erscheinen aller Mitglieder erwartet.
 Der Vorstand.

Mittwoch, den 8. Mai, abends 8 Uhr.
Sozialdemokr. Verein für Berlin I.
 Mitgliederversammlung
 bei Glaue, Kommandantenstr. 88.
 Vortrag des Genossen Kay Schütte über Karl Marx. Diskussion und Beschlüsse.
 Der Vorstand.

Sozialdemokr. Verein für Berlin II.
 Mitgliederversammlungen:
 I. und II. Abt. Westen bei Richter, Steinmetzstr. 30a.
 III., IV. und V. Abt. Friedrichstadt und Ost-Westen. Lindenstr. 3. II. Teil III. Vortrag VI. Abt. Schmelzer bei Schuler, Gemisloplatz 4. VII. und VIII. Abt. Osten bei Reim, Urbanstr. 29.

Sozialdemokr. Verein für Berlin III.
 Mitgliederversammlung
 im Gewerkschaftshaus, Ungelerstr. 15.
Sozialdemokr. Verein für Berlin IV.
 Mitgliederversammlungen:
 Petersburger Viertel: bei Kühne, Schreinerstr. 58. Vortrag: Schulung, Aufgabe über die gegenwärtige politische Situation.
 Landsberger Viertel: im Gylisum, Landsberger Allee 40.
 Prenzlauer Viertel: Kleines Gewerkschaftshaus, Glöckelstr. 11.
 Strausener Viertel: bei Kienitz, Simon-Dach-Str. 24. Ude Renner-Str. 1. Vortrag: 2. Rückblick auf die Stadtverordnetenwahl.
 Gröbner u. Cöpenicker Viertel: Gemeinsame Versammlung im Reichsberg-Hof, Reichsberger Str. 147. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Baumert: Parlamentarismus in den demokratisch regierten Ländern. 2. Diskussion. 3. Parteiangelegenheiten.
 Der Vorstand.

Sozialdemokr. Verein für Berlin V.
 Mitgliederversammlungen:
 Abt. 1b bei Schwandberg, Rosengardener Str. 3.
 Abt. 1 u. 1a bei Winger, Winkstr. Ude Christenburger Str.
 Abt. 2 u. 3: Siemens'se Festsäle, Linienstr. 8.
 Abt. 4, 5 u. 6 bei Pöcker, Linienstr. 198.
 Abt. 7 bei Walter, Schiffbauerdamm 21.
 Der Vorstand.

Sozialdemokr. Verein für Berlin VI.
 Mitgliederversammlungen:
 1. u. 2. Abt. bei V. Dobroslaw, Schweinender-Str. 11.
 3. u. 4. Abt. bei Burg, Prenglauer Allee 189, Ude Kammerstr.
 5. Abt. bei Grunau, Stahlweimer Str. 30, am Kaiserstr. und Eisenbahnstraße Kappellallee.
 6. Abt. bei Goldschmidt, Stolpische Str. 26.
 7. Abt. bei Korn, Sternstr. 10, Ude Hallplatz.
 8. Abt. bei Hoffmann, Schweinender Str. 47.
 9. Abt. bei Cziglo, Stralunder Str. 11.
 10. Abt. bei Carus, Voltastr. 37.
 11. Abt. bei Paul, Gartenstr. 101.
 16., 17. und 20. Abt. bei Sachse, Lindower-Str. 26.
 18. u. 19. Abt. im „Zwischenplatz“, Egerstr. 101.
 21. u. 22. Abt. bei Zewandowski, Cöpenstr. 101.
 Die Generalversammlung findet Dienstag, den 28. Mai, abends 8 Uhr, in Franke's Festsälen, Sadstr. 19, statt.
 Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Verein für Niederbarnim.
Fredersdorf-Petershagen. Bezirksabend bei Feuer in Petershagen. Tagesordnung: Bericht von der Kreisgeneralversammlung. Die Lehren der jüngsten Wahlen. Die Lokalfrage. Die Neuorganisation von Mitgliedern. „Vorwärts“-Lesern und der Wiederanbau der Jugendorganisation.
Lichtenberg im Lokale von Heinrich Stöber, Jungstr. 29, Ude Oberstr. 7, Jahreshauptversammlung. Tagesordnung: Fortsetzung der Verhandlung über „Organisationsfragen“. Bericht von der Kreisgeneralversammlung. „Vorwärts“-Leser sind eingeladen.
Oberschöneweide bei Ladewig, Zewandowski-Str. 5.
Reinickendorf-Ost bei Böhmner, Reibensstraße 50, gemeinsamer Jahlabend.
Reinickendorf-West. Jahlabend bei Schiller, Antonienstr. 10.

In allen Versammlungen findet Aufnahme neuer Mitglieder und Entgegennahme der Beiträge statt. Alle auf dem Boden der Mehrheit stehenden Anhänger sind eingeladen.

Herrenhaus und Sicherungen.

145. Sitzung, Montag, den 6. Mai 1918,
vormittags 11 Uhr.

Am Ministertische: Dr. Drems.

Die zweite Lesung der Vorlage über

die Zusammensetzung des Herrenhauses

wird beim § 4 (Vertretung der Selbstverwaltung und der großen Verufe) fortgesetzt.

Nach den Vorschlägen des Ausschusses sind auf die Dauer von zwölf Jahren, jedoch nicht über die Dauer der ihre Vorschlagsfähigkeit begründenden Eigenschaften hinaus, zu berufen: 1. 48 Vertreter der Städte mit mehr als 50 000 Einwohnern und zwei weitere Vertreter der Stadt Berlin, 2. 24 Vertreter der übrigen Städte und der Landgemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern, 3. 24 Vertreter der Provinzen sowie ein Vertreter der Hohenzollernschen Lande, 4. 24 Vertreter der ländlichen Selbstverwaltung, 5. 48 Mitglieder solcher Landgüter, die sich zur Zeit der Vorschläge bereits 50 Jahre im Besitz derselben Familie befinden und eine Größe von mindestens 15 Hektar oder einem Grundsteuerertrag von mindestens 150 M. haben, 6. 24 Mitglieder, die von den Landwirtschaftskammern vorgeschlagen werden, 7. 36 Leiter großer Unternehmungen der Industrie oder des Handels, 8. 36 Vertreter von Handel und Industrie (vorgeschlagen durch die Handelskammern), 9. 18 Vertreter des Handwerks, 10. 16 Vertreter der Hochschulen, 11. 16 Vertreter der evangelischen und der katholischen Kirchen, 12. 16 Vertreter der Arbeiter, 13. 12 Vertreter der Angehörigen im Sinne des Versicherungsgesetzes für Angestellte, 14. 6 unmittelbare und mittelbare Staatsbeamte, 15. 6 Beauftragte von höheren und mittleren Schulen, von Volkshochschulen und Lehrerbildungs-Anstalten, 16. 6 Angehörige der übrigen gelehrten Berufe, 17. 3 Angehörige von technischen Berufsständen und 18. 3 Berufsangehörige der bildenden und ausübenden Künste, der Literatur und der Presse.

Solange für die Mitglieder der letzten 5 Gruppen nicht durch Gesetz eigene Vorschlagskörper gebildet sind, beruft sie der König ohne Vorwahl.

Ein Antrag Braun (Soz.) will die Zahl der Vertreter der Städte mit mehr als 50 000 Einwohnern auf 48 und 3 (statt 2) weitere Vertreter der Stadt Berlin festsetzen, der Landwirtschaft nur 12 Vertreter, den Arbeitern dagegen 48 einräumen und die Zahl der Angestelltenvertreter auf 24 erhöhen. Ein Antrag Kronsobn (Sp.) will gleichfalls die Vertretung der Stadt Berlin von 2 auf 3 Mitglieder erhöhen. Ein Antrag Andres (natl.) will festlegen, daß die vorschlagsberechtigten Landgüter sich nicht 50, sondern nur 25 Jahre im Besitz derselben Familie befinden, eine Größe von nur 6 statt mindestens 15 Hektar und einen Grundsteuerertrag von mindestens 50 statt 150 M. zu haben brauchen. Ein Antrag Dr. Forst (Z.) will in bezug auf die Größe derselben, den Grundsteuerertrag jedoch auf mindestens 75 M. herabsetzen, ferner die Zahl der Vertreter der beiden christlichen Kirchen von 16 auf 32 erhöhen. Ferner beantragt das Zentrum eine Einschränkung, wonach bei Erlass der künftigen Verordnung über die Vertretung der Landwirtschaft nach einzelnen Landbeständen die Bedeutung des Klein- und Mittelbesitzes ausreichend berücksichtigt werden soll. Ein Antrag Kronsobn (Sp.) will die vorgesehene Arbeitervertretung von 16 auf 36, die der Angehörigen von 12 auf 24 erhöhen und über die 6 Angehörigen gelehrter Berufe bestimmen, daß 3 Rechtsanwälte, 2 Ärzte und 4 Angehörige der übrigen gelehrten Berufe vorgeschlagen sind, endlich sollen je drei Berufsangehörige der bildenden und ausübenden Künste sowie der Literatur und 3 Berufsangehörige der Presse vorgeschlagen werden.

Abg. Forst (Z.) begründet den Antrag seiner Partei auf Berücksichtigung des mittleren Besitzes.

Abg. Gerhardus (Z.) unterstützt den Antrag.

Abg. Wachholtz de Wente (natl.) tritt für den nationalliberalen Antrag ein. Wenn der Arbeiter vertreten sein soll, kann man den zahlreichen und bedeutungsvollen Kleinbauernstand nicht ausschließen.

Abg. Cassel (Fr. Sp.) spricht zugunsten des fortschrittlichen Antrages, der der Stadt Berlin statt zwei drei Vertreter sichern soll.

Abg. Rüdike (Fr.): Wir wären mit drei Vertretern der Stadt Berlin einverstanden, wenn dafür der Oberbürgermeister aus dem Wahlkörper ausscheidet. (Abg. Cassel: Ganz einverstanden.)

Abg. Hinzmann (Z.): Da die christliche Kirche ersten Ranges entgegensteht, ist eine Vermehrung der Vertreter der Kirche notwendig.

Minister des Innern Dr. Drems:

Die Regierung ist grundsätzlich einverstanden, daß Vertreter des Judentums unter Berücksichtigung der beiden unter den Juden vorhandenen Richtungen in das Herrenhaus einberufen werden. Im allgemeinen kann sie den Vorschlägen des Ausschusses zu § 4 durchweg zustimmen. Die große Zahl der Abänderungsanträge zu den Paragraphen ist ja ganz natürlich. Das Abgeordnetenhaus muß gewissermaßen aus einem Gusse sein. Das Herrenhaus ist eher mit einem Wollfai zu vergleichen, aus dem man einzelne Steine auswechseln und durch andere ersetzen kann. Was die Zustimmung des Ausschusses anbetrifft, ist ein Wollfai, das sich durch auslösen lassen kann. Namens der Regierung möchte ich beklagen, daß es bei diesen Gesellschaften bleibt. In der Frage der Heranziehung der Landgüter wollte man im Ausmaß die wirklich Altangesessenen großen und mittleren Besitzes, bei dem eine feste Relation zur Scholle vorhanden ist, vertreten sein lassen. Die Anträge des Zentrums und der Nationalliberalen, die auch den selbständigen kleinen Grundbesitz hinzunehmen wollen, scheinen mir etwas zu weit zu gehen. Der des Zentrums wäre noch am erwägenswertesten.

Abg. Hue (Soz.):

Der § 4 ist für die zukünftige Gestaltung des Herrenhauses von entscheidender Bedeutung. In den Vorschlägen zu diesen Paragraphen fällt zunächst eine außerordentlich kräftige Bevorzugung des Landes gegenüber den Städten auf. Ferner eine außerordentliche Begünstigung des Großgrundbesitzes und ein vollständiger Ausschluß der kleinen Bauern, sowie des größten Teils der mittleren Bauern von einer Vertretung im Herrenhaus. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Mindestens 170 Großgrundbesitzer haben nur 72 künftige Vertreter gegenüber. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ferner hat die Kommission

eine sehr interessante Teilung zwischen den landwirtschaftlichen Vertretern

genommen. Da sind zunächst die geborenen und adligen Herrenhausmitglieder, dann die Vertretung der ländlichen Selbstverwaltung, die in der Praxis ja auch Großgrundbesitzer sein werden. Das allein ergibt schon 132 Vertreter des Großgrundbesitzes. (Hört! hört!) In einer anderen Klasse derselben Paragraphen ist dann eine Gruppe von 48 landwirtschaftlichen Grundbesitzern, die einen Grundbesitz von mindestens 15 Hektar haben sollen. Nach § 10 aber sollen auch diese wieder zur Hälfte dem Großgrundbesitz, der bei über 100 Hektar anfängt, zufallen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Dabei sind von den über 4 Millionen landwirtschaftlichen Betrieben weit über 3 Millionen kleinere und mittlere von höchstens 6 Hektar. Also mindestens 80

Prozent aller landwirtschaftlichen Betriebe Preußens werden danach von einer Vertretung im Herrenhaus überhaupt ausgeschlossen. Das nannte der konservative Abg. Dehrlind eine angemessene Vertretung des kleinen und mittleren landwirtschaftlichen Grundbesitzes. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Durch die Kommissionsbeschlüsse kommt die

Warenverkehrsbeschränkung der konservativen Großgrundbesitzer

je recht zum Ausdruck. (Sehr wahr! h. d. Soz.) Durch die Vorschläge eines mindestens fünfzigjährigen Familienbesitzes machen sie weiter die sämtlichen in der Ostmark angelegten Bauern in bezug auf das Vorschlagsrecht zum Herrenhaus rechtlos und ebenso solchen Sie alle neuen Ansiedler, wozu doch nach Ihren Versprechungen gerade die Kriegsinvaliden und Kriegsschädigten ganz besonders gehören sollen, auf diese Weise von dem Vorschlags- und Vertretungsrecht im Herrenhaus aus. Die vorgesehene künftige Vertretung im Herrenhaus ist im Verhältnis zu der außerordentlichen Bedeutung unserer Städte für unser Wirtschafts- und Kulturleben viel zu gering und geradezu winzig im Verhältnis zur Vertretung des Großgrundbesitzes. Die zahllosen Vorschläge, die zur Vertretung der sogenannten Stände im Herrenhaus aus dem Lande gekommen sind, haben so recht bewiesen, daß es in der heutigen komplizierten Wirtschaftsverfassung ein Unding ist, noch im mittelalterlichen Sinne von Ständen zu sprechen. Was bisher herausgekommen ist an Beschlüssen, ist geradezu

eine Karikatur einer ständischen Vertretung.

Ausgerechnet drei Vertreter der technischen Verufe hat man im Zeitraume der Reichstagswahl vorgeschlagen, das insgesamt 800 Mitglieder haben wird. (Hört! hört! bei den Soz.) Diese Ackerbrüderrolle, die man unseren Ingenieuren, Architekten, Technizern zugemutet hat, ist ein exakter Beweis dafür, daß das Dreifachwahlrecht gerade keine Auslese politischer Weisheit zustande bringt. (Sehr wahr! h. d. Soz.) Einfach soll aber sind die Beschlüsse über die Vertretung von Industrie und Handel, von Handwerksbetrieben, Angestellten und Arbeitern. Industrie und Handel sollen zusammen 72 Vertreter haben, die Handwerker 18, die Angehörigen der Industrie, des Handels usw. 12, die Arbeiter 16. Diese Vorschläge bedeuten ein nicht zu überschätzendes Maß von Verachtung der Arbeiterschaft, der Angestellten und Handwerker. (Sehr wahr! bei den Soz.) Einen Hauptschlag ins Gesicht dieser Kreise der Bevölkerung, für eine Klasse von 44 Millionen nur 16 Vertreter. (Hört! hört! h. d. Soz.) Das ist der Dank, den Sie der Klasse unserer Kämpfer an der Front und in der Heimat abtrotzen. Der Arbeiter, der technische Beamte sind nichts, sind Luft. Dabei wären Sie ohne diese Massen in diesem Kriege mit Ihren großen Industriekapitalen und Bankkassen längst zusammengebrochen. Nach diesen Beschlüssen zur Wahlrechtsvorlage für das Abgeordnete- und für das Herrenhaus kammen Sie sich nicht zu wundern, wenn

die Stimmung immer flauer

wird, so daß schließlich alle Kreise der Journalistik und der Zensur nicht mehr werden verhindern können, daß diese Hebel immer tiefer rührt. (Sehr wahr! bei den Soz.) Das Volk ist heute schon zum größten Teil der Meinung, daß wir eines fünften, ja sechsten Kriegswinters sicher sind, das Volk leidet vor der Notwendigkeit einer Verzögerung der Brot- und Kartoffelration, es ist überzeugt nach den Nachrichten, die aus der Ukraine kommen, daß nennenswerte Mengen von Nahrungsmitteln von dort nicht herkommen werden, nachdem das, was eine immerhin absehbare Diplomatie in diesem Falle im Friedensvertrage erreicht hätte, durch das preussische Schernschwimmen wieder verdorben worden ist. Wir kennen die Stimmung in der Arbeiterschaft. Ich warne Sie, so fortzufahren, im Interesse unseres Volksganges. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Graef (Fr.): Auch wir sind mit den Kommissionsbeschlüssen nicht ganz zufrieden, haben aber davon abgesehen, Anträge zu stellen, da wir erst die Beschlüsse des Herrenhauses abwarten wollen. Berlin ist mit zwei Vertretern ausreichend bedacht. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Lewin (Sp.): Der konservative Abg. Dehrlind hat eine genügend zahlreiche Vertretung als Bedingung genügender Vertretung der Interessen des betreffenden Standes bezeichnet. In dieser Beziehung bringen die Ausschlagsbeschlüsse lange nicht die notwendige Gerechtigkeit.

12 000 bis 15 000 landwirtschaftlichen Betrieben wird dieselbe Vertretung gegeben wie der gesamten Arbeiterschaft.

(Hört, hört! bei der Volkspartei.) Der Antrag, die Zahl der Arbeitervertreter von 16 auf 30 zu erhöhen, ist berechtigt. Es handelt sich um 9 1/2 bis 10 Millionen Menschen, davon 7 Millionen männliche Arbeiter. Wir beantragen, die Angestelltenvertreter von 12 auf 24 zu erhöhen. Auch die Handwerker sollte man besser berücksichtigen. Der Anwaltsstand darf nicht vergessen werden. Benützlich zwei Anwälte sollten bestimmt ins Herrenhaus einziehen. Das gleiche gilt für den Arztstand. Für die Presse verlangen wir drei besondere Vertreter. Die Bedeutung der Presse ist unbestritten.

Abg. Ströbel (U. Soz.):

Der preussische Staat ist nicht das Volk und die Gesellschaft, sondern ihr Feind als das Herrschaftsinstrument der herrschenden Klassen. Darum muß dieses Herrschaftsinstrument zerrüttet werden. Die Bürgermeister sind ja — siehe Wewel, Wente — meist Reaktionsäre, wirklich liberale werden gemahrgelastet, wie Schäding. Als Motto über das Herrenhaus könnte man die Worte Dr. Lohmanns setzen, daß immer ein erheblicher Teil unseres Volkes zu knapper Lebenshaltung und geringer Lebensfreude verurteilt bleiben wird. Und für die Arbeitervertreter im Herrenhaus wird gelten: „Recht alle Hoffnung draußen.“ Da glaubt aber Herr Haensch mit Komplimenten und Dross Que mit sentimentalen Redensarten den Junkern, die sich ganz anders auf den Klassenkampf berufen, Jugendsinnisse abzumachen zu können. Solange die Regierungsozialisten für den Sieg der deutschen Waffen eintreten, dienen sie den Interessen der Schwerindustrie mit ihren schammoderischen Einflüssen. — Braucht die Wissenschaft die Anerkennung durch ein Vorschlagsrecht im Herrenhaus? Ein Karl Marx wäre nie Lehrer an einer preussischen Universität geworden. Wägen doch die Professoren, die Mandate haben wollen, sich darum bewerben. — Die Kirche hat im Krieg völlig versagt. — Der Redner weist eine Silberkarte vor, die Soldaten zeigt, denen ein Offizier zu schenken beabsichtigt und daneben Jesus Christus mit dem Heiligenschein und den Worten: „Ich bin bei Euch!“ (Lebhaftes Beifall h. d. U. Soz.) Fort mit diesem Herrenhaus, dem Hauptquartier der Reaktionsäre und Scherzmacher! (Wabal! h. d. U. Soz.)

Abg. Kronsobn (Z.): Wenn jemand durch seine Reden das gleiche Wahlrecht gefordert hat, so ist es Herr Ströbel. (Allseitige Zustimmung.) Sie sind die größten Feinde des gleichen Wahlrechts. Aus Ihren Worten spricht ein innerlicher Haß gegen die Kirche. (Abg. Ströbel: Volksbetrug! — Ordnungsruf des Vizepräsidenten Dr. Forst.)

Abg. Otto (natl.) spricht für den nationalliberalen Antrag.

Abg. Haensch (Soz.): Ob es politisch zweckmäßig war, daß der Abg. Ströbel zur ausschließlichen Freude der Rechten dieses Hauses in dieser persönlichen Weise gegen mich polemisierte, die Rechte ganz aus der Schänke herausbrachte und auch diese Herrenhausbesitzer ausfliegen ließ in einen Kampf der beiden sozialistischen Fraktionen untereinander, überlasse ich dem Urteil aller Wahlrechtsfreunde und der gesamten Arbeiterschaft. Ebenso halte ich es nicht für notwendig, auf seine Verbalinjurien auch nur mit einem Worte zu erwidern, er hat mich Reichshänder, Arbeitervertreter usw. genannt. Sein Hauptvorwurf bestand darin, daß meine geistig politische Entwicklung seit

1914 nicht stillgestanden, sondern unter dem ungeheuren Erleben dieses Krieges beträchtliche Fortschritte gemacht habe. Diese Tatsache gebe ich gern zu.

Die Debatte wird geschlossen.

Abg. Ströbel (U. Soz. — persönlich): Ich habe dem Abgeordneten Haensch Verbalinjurien nicht an den Kopf geworfen, ich habe ihn nur einen politischen Reichshänder genannt. (Große Geisterzeit.)

In der Abstimmung werden die Beschlüsse des Ausschusses im wesentlichen aufrechterhalten, nur für die 48 Besitzer von Landgütern, die bereits 50 Jahre im Besitz einer Familie sind, wird die Mindestgröße für das Recht der Repräsentation von 15 Hektar auf 5 Hektar herabgesetzt. Die Erhöhung der Zahl der Arbeitervertreter von 16 auf 30 wird gegen die Stimmen des Zentrums, der Freikämmlinge und Sozialdemokraten abgelehnt. Zu § 9 (Vorschlagskörper für die 48 Vertreter der Städte) begründet

Abg. Forst (Soz.) einen Antrag, das Vorschlagsrecht in Berlin wieder dem Magistrat und den Stadtverordneten zu überweisen. Auch sollen solche Männer vorgeschlagen werden können, die dem Magistrat nicht angehören. Auch die Präsentation für die übrigen Gemeinden darf nicht auf die Bürgermeister beschränkt bleiben. (Sehr wahr! h. d. Soz.)

Abg. Cassel (Sp.) befragt einen ähnlichen fortschrittlichen Antrag

Unter Ablehnung beider Anträge wird § 9 angenommen; ebenso beibehalten der Rest des Gesetzes.

Ein Verlagsantrag wird infolge des Widerspruchs der Konservativen abgelehnt.

Es folgt die Vorlage über die Verfassungänderungen, das Wahlrechtgesetz. Es wird beschlossen, zuerst

über die sogenannten Sicherungen

in bezug auf Kirche, Schule und Wahlkreiserteilung zu verhandeln. Das Zentrum beantragt dazu, den konfessionellen Charakter der Volksschulen und die gegenwärtige rechtliche Ordnung des Verhältnisses von Staat zur evangelischen und römisch-katholischen Kirche, soweit es sich um die diesen Schulen zugehörigen Besondere handelt, beizubehalten, daß für jede Veränderung in jeder Kammer eine Zweidrittelmehrheit erforderlich sein soll.

Abg. Dr. Bredt (Fr.) will auch eine Zweidrittelmehrheit für eine Änderung des Wahlrechts zu den Gemeindevertretungen festlegen.

Abg. Dr. Forst (Z.) befragt die Sicherungsanträge des Zentrums: Won hat gesagt, das neue Abgeordnetenhaus werde dann nur ein Scheinhaus sein. Danach müßte aber auch der Reichstag ein Scheinhaus sein, denn er kann Verfassungsänderungen nur dann beschließen, wenn der Bundesrat zustimmt in der Weise, daß im Bundesrat keine 14 Stimmen dagegen sind. Für uns sind diese Anträge so wichtig, daß wir in der dritten Lesung eine mangelhafte Abstimmung beantragen werden. Auch das beschlossene Wahlrecht wäre für uns ohne diese Sicherung ein Sprung ins Dunkle; auch in diesem Fall sind die Anträge für uns notwendig. (Beifall im Zentrum.)

Minister des Innern Dr. Drems

gibt folgende kurze Erklärung ab: Die Regierung würde voraussetzlich bereit sein, auf den Boden dieser sogenannten Sicherungen zu treten, wenn dadurch ein Zustandekommen des Verfassungsreformwerkes im ganzen in einem Rahmen, der für die Regierung annehmbar sein würde, gesichert würde.

Abg. Dr. v. Heydebrand (L.): Die Tragweite der uns an sich sympatischen Anträge in bezug auf die Wahlbezirke können wir noch nicht übersehen; wir vertagen unsere Stellungnahme dazu auf später. Die übrigen Anträge Forst sind geboren aus der Besorgnis, daß die Gestaltung dieses Hauses einen radikalen Charakter annehmen könnte. In dieser Besorgnis sind wir mit den Antragstellern durchaus einig, auch wir befürchten eine Gefährdung unserer heiligsten Güter durch diese Radikalisierung. Wir sind auch in den Zielen einig, daß das verhindert werden soll. Aber wir halten es für richtiger, das Hebel an der Wurzel zu fassen und deshalb von vornherein das gleiche Wahlrecht abzulehnen. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Bredt (Fr.) tritt für seinen Antrag ein. Wir müssen unser Gemeinwohlrecht sichern. Das gilt auch, wenn wir das Wahlrecht beschließen.

Das Haus vertagt sich.

Dienstag 10 1/2 Uhr: Weiterberatung. — Schluß 5 1/2 Uhr.

Reichstag.

150. Sitzung, Montag, den 6. Mai, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsstisch: Forst, vom Stein.

Die zweite Beratung des

Etats des Reichswirtschaftsamts

wird fortgesetzt.

Abg. Forst (Soz.):

Dr. Wildgrube rief die bürgerliche Gesellschaft auf zum Kampf gegen den Vampirismus der Sozialdemokratie. Das zeigt, daß er keine Ahnung vom Wesen der Sozialdemokratie hat. Die Wirtschaft der Unternehmervölker, wie sie Herr Wildgrube als Ideal vorzeichnet, ist unvereinbar mit der Freiheit des Volkes, vielmehr muß die ganze Wirtschaft aufgebaut und durchgeführt werden durch und für das arbeitende Volk. Die Fragestellung „Freie oder gebundene Wirtschaft“ ist irrelevant. Wir haben schon längst vor dem Kriege in den wichtigsten Industrien die Kartelle und Syndikate und den andauernden Rückgang des Mittelstandes gehabt. Der Reichswirtschaftsamt hat sich, sagt man, nicht bemüht und deshalb eifert man gegen den Sozialismus überhaupt. In Wahrheit ist der Reichswirtschaftsamt das Gegenteil vom Sozialismus, er ist nichts als kapitalistische Kriegswirtschaft. Man hat viel zu spät und dann nur halb eingegriffen. Alle Kriegsmassnahmen mit einem Male aufheben heißt, der schlimmsten Ausbeutung und dem schlimmsten Wucher freie Bahn schaffen. (Sehr richtig! h. d. Soz.) Die Frage steht jetzt klar so: Kapitalistische oder sozialistische Wirtschaft? Ein Mittelweg gibt es nicht. Deshalb möchte ich mir auch keine Illusionen über die Tätigkeit des ersten Staatssekretärs des Reichswirtschaftsamts. Und wenn er der tüchtigste Mann wäre, er kann das nicht leisten, was die Zeit erfordert, weil er eben nicht Sozialist ist. Die furchtbaren Folgen des Krieges werden ja erst in der Übergangszeit kommen, und da wird der Staatssekretär versagen, weil er eben in kapitalistischen Anschauungen befangen ist. Der Staatssekretär will sich bemühen, die Burden zu heilen, die der Krieg und geschlagen. Wie soll das geschehen, wenn die Rüstungen nach dem Friedensschluß weitergehen. Deshalb darf beim Friedensschluß nicht auf Ländererwerb gesehen werden, sondern es muß eine

Verständigung über eine allgemeine Abrüstung

gesucht werden. Wir brauchen Rohstoffe, deshalb müssen die Verbindungen für unseren auswärtigen Handel wieder angeknüpft werden. Statt dessen säen wir ungeheuren Haß, und solche Anreizungen wie die des Herrn Dr. Wildgrube fordern den Haß gegen uns heraus. Denn im Ausland weiß man nicht, ein wie kleiner Teil des Volkes hinter Herrn Dr. Wildgrube und seinegleichen steht. (Sehr wahr! h. d. Soz.) Die Herren, und auch der Staatssekretär, wollen dem Mittelstand helfen. Wie denn? Der Staatssekretär sagt selbst, alle Kräfte müssen in den Dienst

Der Kellner geküßt werden. Damit erkennt er selbst an, daß man den Großbetrieb möglichst fördern wird. Das Großkapital wird noch mächtiger werden und noch rücksichtsloser auftreten. Und da gilt es für den Staatssekretär, auf dem Posten zu sein und für Arbeiterbeschäftigung und Angehörtenbeschäftigung zu sorgen. Ich erinnere z. B. an die

Schreibung der 19 Berliner Metallindustriellen

niemanden zu engagieren, der von einem dieser Betriebe weggegangen sei. Der Reichskämmerer hat seinerzeit auf eine Anfrage hierüber durch einen Vertreter des Reichswirtschaftsamtes erklärt, daß ihm nichts darüber bekannt sei. Zur wirksamen Erfüllung der Aufgaben des Reichswirtschaftsamtes gehört freilich ein Beamtenstand, wie wir ihn nicht haben. Die wahren Gewinn Kriegsgewinne vieler Gesellschaften, die zur Verwirklichung der Erhöhung des Aktienkapitals geschritten sind, hätte das Reichswirtschaftsamt und die Reichsleitung den Gesellschaften nicht belassen dürfen, das Ermächtigungsgesetz gab die Handhabe, diese Gewinne zu einem großen Teil für das Reich in Anspruch zu nehmen. Auch auf dem Gebiet des Arbeiterschutzes sollte das Reichswirtschaftsamt energisch vorgehen und dafür sorgen, daß die bei Kriegsbeginn außer Kraft gesetzten Schutzbestimmungen im weiten Umfang zur Geltung kommen. Ohne Kampf des arbeitenden Volkes wird auch auf diesem Gebiete nichts erreicht werden. Die Gegensätze werden auch nach dem Kriege wieder aufeinanderstoßen, aber das arbeitende Volk wird seinen Willen durchsetzen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär des Reichswirtschaftsamtes Hr. v. Stein:

Seit der Abg. doch auf meine eigenen Ausführungen zurückgekommen ist, äußerte er sich zustimmend. Das beweist, daß es auch bei gründlichster verschiedener Auffassung möglich sein wird, sich in praktische Arbeit zu begeben. Der Abg. doch ist aber in den Reden verfallen, dem Reichswirtschaftsamt zu seinen vielen Aufgaben noch eine Reihe anderer Aufgaben zugewiesen und für Dinge verantwortlich zu machen, für die ich die Verantwortung nicht tragen kann und will. Bezüglich der Erhöhung des Aktienkapitals von Aktiengesellschaften liegt die Zustimmung nicht bei den Reichsbehörden, sondern bei den Landesbehörden, und die Gewinne dem Reich wieder zuzuführen, ist eine Aufgabe der Steuerpolitik, die ich dem Reichswirtschaftsamt überlassen muß. Von dem Vorgehen der 19 Berliner Metallindustriellen vor der Reichsleitung bei der Stellung der Anfrage, die der Abg. doch erwähnt, tatsächlich noch nichts bekannt. Bei unangenehm Vorgehen eingegriffen. Ist Aufgabe des Reichswirtschaftsamtes. Zu den Nachforschungen auch

Vertreter der Arbeiter und Angehörten

zu beraten, ist meine Absicht und ist zum Teil bereits geschehen. Bei der Beratung von Vertretern der Arbeiterschaft werde ich mich aber lediglich um die Sachkenntnis und nicht um die politische Richtung kümmern. Der Abg. Well wünschte vorgehen dem Reichswirtschaftsamt solle eine Stelle angegliedert werden zur Pflege der Mittelstandsinteressen. Zum Teil bin ich diesem Wunsch zuordnen gekommen, denn es wird bei uns der Sekretär des deutschen Handwerkerbundes beschäftigt, mit der besonderen Aufgabe, und in Handwerkerfragen zu beraten. Die Abg. Waser-Kaufmann und Dr. Südelum wünschten eine Produktionskontrolle. Wir haben bereits während des Krieges einen Beobachtungsdienst über die Produktionsverhältnisse eingerichtet, und sind mit der Prüfung beschäftigt, wie es anzustellen ist, daß wir die Resultate so schnell als möglich erhalten, und ich hoffe, wir werden zu einem guten Ziele kommen.

Abg. Reinath (nack.): Dringend notwendig ist eine Reform des Auslandsnachrichtendienstes. Die deutschen Auslandsforderungen müssen bei künftigen Friedensschlüssen mehr als bisher geschützt werden. Vor allem aber tut not, die Befreiung der Wirtschaft von den Fesseln der Kriegswirtschaft. Nicht sowohl durch den Krieg als durch die Kriegsverordnung haben Handel und Gewerbe so schwer gelitten. (Beifall bei den National-Liberalen.)

Abg. Schiele (L.): Im Wirtschaftsleben kommt es vor allem auf freie Persönlichkeiten an. Eine weitgehende Befreiung des Wirtschaftslebens durch den Staat ist damit nicht verträglich. Ein gesunder Fortschritt ist nur möglich auf dem Boden der überlebenden Wirtschaftsverfassung. (Beifall rechts.)

Abg. Trimborn (S.) befürwortet eine vom Zentrum eingebrachte Resolution, die beim Reichswirtschaftsamt eine besondere Stelle zur Behandlung der das Einigungs- und Tarifwesen betreffenden Fragen wünscht, ferner einen ständigen Beirat aus Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zur Beratung sozialpolitischer Fragen und schließlich sofort einen besonderen ständigen Ausschuss zur Beratung der Fragen, die die Arbeiter und Angehörten betreffen.

Abg. Schmidt (Soz.) fordert reichsgesetzliche Regelung des Arbeitsnachweises. Des weiteren begründet der Redner die sozialpolitischen Anträge der Sozialdemokraten, die Gehaltsgrenze für die Versicherungspflicht der Angestellten auf 8000 M. zu erhöhen, die Anheftung der Schutzbestimmungen für die Arbeiter wieder aufzuheben und die Arbeitsvermittlung und die Rechtsverhältnisse der ausländischen Arbeiter während des Krieges in sozialer Weise zu regeln.

Darauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Dienstag 2 Uhr. (Vorher keine Anfragen.)

Schluss 7 1/2 Uhr.

Die Vorgänge in der Ukraine vor dem Haushaltsausschuss.

Am Montag brachte zunächst Abg. Ebert den amtlichen Bericht über die Sitzung vom Sonnabend zur Sprache. Diese Art der Berichterstattung war durchaus einseitig und tendenziös. Die Reden der Vertreter der Regierung wurden fast wörtlich gebracht, von den Reden der Abgeordneten dagegen nur einige nichtsagende Redensarten. Das ist um so mehr eine

Erzählung der Öffentlichkeit

als auch die Zensur verläßt hat, daß ohne Erlaubnis über das Vorgehen gegen die Rada nichts in die Öffentlichkeit gebracht werden darf. Deshalb beantrage er, die Vertraulichkeit der Verhandlungen aufzuheben.

Dieser Antrag wurde von den Abg. Ledeborn und Erzberger unterstützt und dann einstimmig angenommen.

Abg. Ebert fordert dann von der Regierung, sie möge weiteres Material vorlegen, insbesondere über die angebliche Zusammenkunft im Hause des ukrainischen Kriegsdienstleiters. Ferner auch über die Zusammenkunft der neuesten Regierung der Ukraine. Man müsse wissen, wer jetzt an der Spitze steht und welchen Parteien die einzelnen Minister angehören.

Unterstaatssekretär v. B. Buschke verliest daraufhin folgendes Telegramm des Vorkämpfers Hr. v. Rumm:

„Es handelt sich um ein reines Arbeitsministerium, bestehend aus lauter, auch den politisch anders Denkenden, annehmbaren reifen und tüchtigen Männern. Alle haben sich auf den Grundgedanken des Helms: Erhalten und stärken der nationalen Selbstständigkeit der Ukraine im engsten Anschluß an die Mittelmächte, insbesondere an Deutschland, unter Aufstellung großrussischer und polnischer Verfassungen verpflichtet. Es sind keine Polen im Sinn: die Namen polnischer Ursprungs täuschen.“

Der Eintritt von Mitgliedern anderer Parteien, die der Helmsman begrüßt hätte, scheiterte an unfinnigen Forderungen, die der Tatsache der auf Grund allgemeiner Zustimmung über die bisherige Politik erfolgten Umwälzungen nicht die geringste Rechnung tragen zu wollen schienen. Allgemein wird angenommen,

daß, wenn erst erkannt wird, daß praktische Arbeit geleistet wird — und diese hat trotz der Überanstrengung energisch begonnen, — auch die anderen Parteien herankommen werden. Es bleiben ihnen immer noch eine Anzahl nur provisorisch befehligter Ministerien offen, falls sie zur Mitarbeit sich bereit erklären, ohne auf ihren übertriebenen Forderungen bestehen zu bleiben.“

„Helmsman Stropowski hat gestern Freiherren von Rumm befragt und anderthalbstündig, sehr zufriedene Unterredungen mit ihm gehabt, in der insbesondere auch hinsichtlich des zukünftigen Posten — Selbstständigkeit der Ukraine, Abwesenheit großrussischer oder polnischer Tendenzen — sehr zufriedene Erklärungen abgegeben worden sind.“

Der Redner bemerkt im Anschluß an dieses Telegramm: Ich habe inzwischen über den Helmsman Stropowski noch folgendes in Erfahrung gebracht. Der frühere Vorkämpfer Graf Bourlakh hat ihn persönlich gekannt. Herr Stropowski ist ebenso wie seine Frau ein überzeugter Deutschensfreund. Aus dem eben verlesenen Telegramm werden Sie ersehen haben, daß eine definitiv abzuschließende Ministerliste zurzeit noch nicht vorliegt.

Auf eine Anfrage des Abg. Geisberger erklärt der Unterstaatssekretär, daß Stropowski Ukrainer und nicht Russe ist.

Abg. Gans (Soz.) fragt weshalb der Friedensvertrag mit der Ukraine noch nicht ratifiziert ist. Solange das nicht geschehen ist, kann man der Ukraine nicht vorwerfen, daß sie ihre Verpflichtungen noch nicht erfüllt hat. Wir danken den Ministern die Offnung des Offens, dieselben Ministern aber sind auf dem besten Wege, wieder alles zu verkümmern. Sie sind nun einmal nicht in der Lage, politische Aufgaben zu lösen. Deshalb muß das Schwergewicht bei der Reichsregierung liegen. Die Anordnung, daß der militärische Befehlshaber in der Ukraine Hand in Hand mit dem Vorkämpfer arbeiten soll, ist nicht genügend. Er darf nur handeln im Auftrag der Deutschen Regierung. Heute arbeiten alle gegeneinander. Deshalb hat der Kommissar für die besetzten Gebiete sein Amt niedergelegt! Wie kam es, daß der Befehlshaberbefehl, als eine Anweisung an die Beamten, veröffentlicht werden konnte? Mit Gewalt kann man ein Volk nicht zur Aktivität, nicht zur Arbeit zwingen. Hat der Ortskommandant in Kiew bei der Verhaftung in der Rada denn wirklich auf eigene Faust gehandelt? In Wirklichkeit hat man

mit voller Absicht gehandelt,

das ganze Vorgehen ist planmäßig erfolgt. Das Rezept des Herrn v. Eidenburg mit dem Leutnant und zehn Kana ist gegen die Rada angewendet worden. Auf diese Weise verschärzt man sich jede Sympathie. Die miserablen Gerüchte mit der beabsichtigten sibirischen Exilierung sind nicht nach Erfindung. Wegen die Einsetzung deutscher Richter besteht die größten Bedenken, nicht wenn der neue Helmsman sie anerkannt hat. Die Bevölkerung wird empört sein über diese Gerüchte, und wir haben den Schaden davon. Wie sind denn die 7000 protestierenden Bauern nach Kiew gekommen, ohne daß die deutschen Militärbehörden es merkten? Deutschland war ja sogar offiziell vertreten, als der neue Helmsman sich selbst haust gehandelt? In Wirklichkeit hat man

im Interesse der Großgrundbesitzer gehandelt

haben, die mit der Grundauslieferung nicht einverstanden sind. Die eigentlichen Bauern haben dagegen gewiß nichts einzumachen gehabt. Das neue Ministerium ist keineswegs deutschfreundlich, sondern durchaus großrussisch gesinnt. Das ukrainische Volk hat die Überzeugung, daß alles von Deutschland gemacht ist, und die Folge wird der engste Anschluß der Ukraine an Rußland sein. Wir treiben in den ganzen Ostasien

eine nur sehr wenig verheilte Annexionspolitik,

die schließlich mit einer Konsolidierung Rußlands enden muß. Dadurch kann aber ein neuer Krieg mit Rußland herbeigeführt werden. Will man Rußland und Poland mit Deutschland verbinden, dann ist es geradezu unverständlich, auf der anderen Seite wieder die Bildung eines Großrußlands zu begünstigen. Ist es wahr, daß die estnischen Vertreter, die man in Berlin nicht hören wollte, jetzt nach London getrieben sind, um Anschluß bei der Entente zu suchen? Jeder Militärbehörden treibt heute seine eigene Politik, die politische Leitung des Reiches wird einfach ausgeblendet. Angesichts dessen wäre es fast besser, der Obersten Exekutive die politische Verantwortlichkeit zu übertragen. Bei Letzen und Ellen besteht ein Gegensatz zwischen Post und Großgrundbesitzer, wer auf Seite der letzteren steht, hat das Volk zum Feinde. Die Schulmeister-Annexionisten sind die allerhöchsten. Je mehr wir den Völkern im Osten Freiheit lassen, desto eher werden sie sich mit uns befreunden. Der beste Friede mit Rumänien nützt uns nichts, wenn im Osten alles verfaßt wird.

Abg. Stresmann (nack.): Wir alle empfinden keine Freude an den Vorgängen in der Ukraine, die wieder zu einem Zustand des Provisoriums geführt haben. Unsere Politik sollte auf eine Schwächung Großrußlands hinwirken, die letzte Politik scheint zum Gegenteil zu führen. Unsere Politik in West-Litauen war darauf eingestellt, die Ukraine gegen Rußland auszuspielen. In normalen Zeiten könnte uns die Aquarellreform in der Ukraine gleichgültig sein. In einer Zeit aber, in der wir auf das dortige Getreide angewiesen sind, hatten wir das Recht und die Pflicht, einzutreten, auch wenn die Öffentlichkeit damit nicht einverstanden war. Anders sieht es mit der Form des Vorgehens, damit gibt man der Entente direkt Mittel gegen uns in die Hand. Kein Mensch kann es billigen, daß man

den Mitgliedern der Rada zurück: Hände hoch!

In unserem Interesse lag es, eine leistungsfähige Regierung in der Ukraine zu haben, aber die Bildung dieser Regierung war lediglich Sache der Ukrainer, nicht aber unsere Aufgabe. Wir alle sind uns darin einig, daß der Friede mit der Ukraine erhalten werden soll, man muß nur das einsehen, daß wir die gewünschten Bedarfsartikel nicht über Nacht liefern können. Wir können nicht Stoffe ausführen, wenn wir selbst Anzüge abliefern müssen. Den ukrainischen Bauern geht es nicht schlecht, sie haben Geld inülle und Fülle. Wenn also die deutsche Regierung mit der neuen Regierung arbeiten kann, dann soll sie es.

Abg. Frhr. v. Camp: Wir leben mit der Ukraine noch im Kriegszustande, denn der Friedensvertrag ist noch nicht ratifiziert. Deshalb war das Eingreifen der Militärs durchaus gerechtfertigt. Hat die russische Regierung erst bei der deutschen Regierung angefragt, ob ihr Herr Zoffe als Vorkämpfer genehmigt ist? Daraus, daß er mit Sozialdemokraten verkehrt, unter denen vielleicht auch deutschfeindliche sind, könnten die größten Bedenken entstehen. Die Beratungen sollen Dienstag zu Ende geführt werden.

Kodden die Berichterstattung durch Beschluß des Hauptausschusses freigegeben ist, geben wir den ukrainisch offiziellen Bericht über

die Verhaftungen in der Rada

wieder, den Gen. Scheidemann am Sonnabend verlesen hat. Er ist vom 26. April datiert und lautet:

„Aus Kiew wird amtlich unter dem N. d. Mts. gemeldet: Gestern um 4 Uhr nachmittags wurde das Gebäude, in welchem die Zentralrada tagt, von Leuten in der Uniform deutscher Offiziere und Soldaten umzingelt und die Mitglieder der Zentralrada, sowie auch Mitglieder der Regierung, die zu einer Sitzung der Rada versammelt waren, in untere und verhaftet worden. Es wurde den Anwesenden befohlen, aufzustehen und die Hände hochzuhalten. Die Behandlung war grob und unhöflich. Der Protest der Präsidenten der Zentralrada, Professor M. Gruschewski, gegen eine Verhaftung der Parlamentarier im Parlamentengebäude blieb

unbeachtet. Nebenbei wurde gegen Professor Gruschewski Anstandslos angewandt. Während der Untersuchung wurden Professor Gruschewski alle privaten Schriftstücke und Dokumente der Zentralrada weggenommen. Die Untersuchung dauerte 3 1/2 Stunden. Ohne Vorwissen irgendeiner Bevollmächtigung dazu wurden folgende Minister verhaftet: Minister des Innern Klatschenko, Minister des Außenwerts Lubynsky, Kriegsminister Schukowitsch und der Direktor des polnisch-administrativen Departements Kajeowski.“

Der deutsche Gesandte Freiherr Rumm v. Edmargenstein wurde von diesem Vorfall in Kenntnis gesetzt und befragt, ob der Vorfall ihm, als Vertreter eines der Ukraine befreundeten Staates, bekannt ist. Der Gesandte wurde ericht, den Fall der deutschen Regierung mitzuteilen. Die ukrainische Regierung hat gegen eine solche Handlungsvorgehens vor dem deutschen Gesandten einen entschiedenen Protest eingelegt und auf die schwerwiegenden Folgen aufmerksam gemacht, die das Eingreifen herbeiführen kann. Der deutsche Gesandte hat versprochen, seiner Regierung von dem Ereignisse Mitteilung zu machen und bemerkte, daß es ihm unbekannt sei, was in der Zentralrada vorgefallen ist. Am 8 1/2 Uhr abends wurde der ukrainische Ministerpräsident von dem deutschen Generalkonsul benachrichtigt, daß die Erklärung der ukrainischen Regierung nach Berlin übermittelt worden ist.

Die übrigen Mitglieder der Zentralrada und der Regierung haben entsprechende Proteste gegen das Eingreifen in die inneren Angelegenheiten der Republik, gegen Verletzung der Konstitution, des Völkerrechts und der Völkerbeziehungen erhoben.

Blitzschnell hat sich die Nachricht in der ganzen Ukraine verbreitet. Aus verschiedenen Orten wird bereits gemeldet, daß dort Unruhen entstehen und daß das Land infolge dessen von den äußersten Anarchie bedroht wird.

Genosse Scheidemann schloß seine Rede mit den Worten: Er gebe der Regierung den Rat, wenn sie mit den Vorkommnissen im Osten nicht einverstanden sei, die Rolle von Sibirien abzugeben für andere nicht weiter zu spielen, sondern auch vor der Öffentlichkeit den Leuten die Verantwortung zu überlassen, die die Dinge verschuldet haben.

Gewerkschaftsbewegung

Konferenz der Genossenschaftsbäcker.

Dem Verbandstag der Bäcker und Konditoren in Leipzig ging eine Konferenz der in den Konsumvereinen und Genossenschaften beschäftigten Bäcker voraus. Die Konferenz nahm lediglich Stellung zu dem Reichstaxi mit dem Zentralverband der deutschen Konsumvereine. Der Tarifvertrag läuft am 31. Juli 1919 ab. Von verschiedenen Ortsvereinen wird nun beantragt, ihn zu kündigen.

Der Sekretär Lanteo-Hamburg berichtet zunächst über den Stand der Durchführung des Vertrages. Eine größere Anzahl Konsumvereine hat den Tarifvertrag nicht anerkannt und bei anderen mußte über die Durchführung zuerst gerungen werden. Manche Geschäftsleitungen seien grundsätzliche Gegner des Tarifgebührens. Das Tarifamt habe leider nicht die Macht, um dinstend einzugreifen. Sie hätten versucht, die Mandatsbefugnisse des Tarifamtes zu erweitern, leider bisher vergebens. Der Redner schloßerte dann die Verhandlungen um Durchsetzung von Teuerungszulagen. Die Vertreter der Genossenschaften hätten es abgelehnt, in diesem Jahr eine Erhöhung der Zulage generell zu empfangen. Es müßte nun einzeln vorgegangen werden. Für die Kündigung des Tarifvertrages kann Lanteo nicht eintreten, da sie keine Vorteile bringe. Die gegenwärtigen Verhältnisse seien nicht geeignet für eine Kündigung. Es sei dann besser, den Vertrag um ein Jahr zu verlängern und zu versuchen, die Teuerungszulage zu erhöhen. Später müßte diese natürlich in den Tariflohn hineingearbeitet werden.

An das Referat schloß sich eine lebhafte Auseinandersetzung, in der zahlreiche Redner für die Kündigung des Tarifvertrages eintraten. Die jetzigen Zustände seien nicht mehr haltbar. Dabei wurde auch manch scharfe Kritik an verschiedenen Konsumvereinsleitungen geübt. Auf Vorschlag des Verbandsvorsitzenden Allmann wurde gegen wenige Stimmen ein Vermittlungsantrag angenommen, nachdem der Abschluß eines neuen Tarifs urdiesigelt wird. Der Verbandsvorstand wird beauftragt, mit den Tarifkontrahenten eine Vereinbarung zu treffen auf Verlängerung des Vertrages um ein Jahr.

Die entgültige Entscheidung trifft der Verbandstag, sie dürfte in demselben Sinne fallen.

Fortschritt der schwedischen Gewerkschaftsorganisationen.

Das Jahr 1917 hat den schwedischen Gewerkschaftsorganisationen ungewöhnliche Fortschritte gebracht. Die Mitgliederzahl der dem Landesverband angeschlossenen Vereine stieg nämlich von 140 802 auf 180 148, d. h. um 46 346 und erreichte damit ungefähr die Höhe des Jahres 1907, das ist die Zeit vor der großen Auspekung. An der Spitze der 28 Verbandsverbände stehen die Metallarbeiter mit 90 701 Mitgliedern, ihnen folgen die Fabrikarbeiter mit 29 178, die Holzarbeiter mit 15 868, die Lagerarbeiter mit 15 251, die Gemeindearbeiter mit 8088, die Verkehrsarbeiter mit 8093 Mitgliedern. Die Anzahl der weiblichen Mitglieder stieg von 6298 auf 14 402. Für Arbeitskonflikte wurden nur 2014 Kronen ausgegeben; der Verbandsvermögen erhöhte sich von 942 928 Kronen auf 1 107 631 Kronen.

H. A. Jura, während Sekretär der Gewerkschaftskommission, ist am 24. April im Alter von 49 Jahren einer böartigen Krankheit erlegen. Von Beruf Schneider, hat Jura durch sein umfassendes Wissen und durch seinen Scharfblick weit über die Grenzen seines Wirkungskreises sich um die Sache der Arbeiterschaft verdient gemacht.

Soziales.

Zur Hebung der Wohnungsnot.

Der Verband der Geschäfts- und Industrie-Haus-Wesiger schickte an den Herrn Staatsminister Dr. Drews eine Eingabe, in welcher er darauf hinwies, daß viele keine Wohnungen in Berlin anfangen zu Wohnzwecken als Werkstätten benutzt würden. Durch die in der Eingabe beantragte Freigabe der Dach- und Kellergeschosse der Industriegebäude zu Arbeitszwecken, sollen diese Wohnungen wieder ihrer eigentlichen Bestimmung zugewandt werden.

Weitere Aufgestaltung der Volksfürsorge.

Das Kaiserliche Ausschussamt für Unfallversicherung hat dem Vorstande der Volksfürsorge die Einführung eines neuen Tarifs (1/2 mit monatlicher Prämienzahlung und der Höchstversicherungssumme von 2000 M. genehmigt. Weiter hat das Amt dem Antrage des Vorstandes entsprochen, für alle bisher bestehenden Tarife den Höchstbetrag der Versicherungssumme von 1500 M. auf 2000 M. zu erhöhen.

Achtung, Arbeiter-Turnvereine!

An Sonntag, den 19. Mai, nachmittags 8 Uhr, findet in Berlin, in der Turnhalle Gormannstraße 4, die Kreis-Turner- und Sport-Turnerturnfeste statt. Nachmittags 2 Uhr: Sitzung im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 2. Turner, Turnerinnen und Jugendliche, zeigt eure Liebe zur Arbeiter-Turnbewegung durch pünktliche und zahlreiche Beteiligung!

Verantwortlich für Politik: Erich Antser, Berlin; für den letzten Teil des Blattes: Ulrich Scholz, Redakteur; für Anzeigen: Theodor Glöck, Berlin; Berlin: Gornau-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Betriebs-Verlagsanstalt und Verlagsanstalt Carl Winter, G. m. b. H., Berlin, Lindenstraße 3. Preis 1 Schilling und Anzeigenpreis.